DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 31 ab Donnerstag, 24. Dezember 2020 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. DE72 1101 0100 2235 4091 57

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

UM HIMMELS WILLEN!

Weihnachten 2020 hätten wir alle auch anders haben können. Zu Corona gibt es eine ganz andere Meinung als die der Regierung Merkel. Und die hat mit »Nazi-Nazi« nichts zu tun. Der Staatsterror in Form von Maskenquatsch und Ausgangssperren verdeckt eine Krise von Regierung, Konzernlobby, Nato und EU. Sich einsperren lassen? **WIE WÄRE ES MAL MIT EINEM WAHREN WORT!** *Von Anselm Lenz*

Als im März 2020 die Regierung die erste Ausgangssperre erließ, mag man sich noch gedacht haben, »das wird schon halbwegs stimmen«.

Bei der zweiten weiß es jeder oder kann es wissen: Das Ding ist gegen uns alle gerichtet, vor allem gegen den Mittelstand. Viele Journalisten, Künstler und Ärztinnen verlassen unser Land.

Gegen die Maßnahmen des zweiten »Lockdowns« gehen die Menschen bundesweit auf die Straße: Spaziergang mit Grundgesetz. Bewegung im Freien ist noch erlaubt, alles andere ist angeblich verboten. Dass das mit Gesundheitsschutz nie etwas zutun hatte, weiß mittlerweile die ganze Welt. Bereits ab dem zweiten Quartal 2019 war bekannt gewesen, dass sich der Finanzkapitalismus einem Zusammenbruch näherte. Der findet seit Jahreswechsel 2019/2020 statt. Seither werden exponentiell wachsende Schulden ins System gepumpt.

Für die 99 Prozent wird die finale Krise des globalen Herrschaftssystems mit totalitären Staatsterrormaßnahmen überdeckt. Der Spruch »bleiben Sie gesund!« hat dabei die Qualität eines Mafia-B-Films. Er ist eine Drohung, eher kein guter Wunsch. Übrigens, »aha«: Nach Sichtung der Faktenlage (Gesundheit, Seite 3) kann keinem Menschen zur Impfung geraten werden. Das Ganze ist im Grunde nichtmal ein Laborrattenexperiment. Im Jahr 2020 gibt es global wie in der Bundesrepublik Deutschland keine signifikante Übersterblichkeit – und damit keine Seuchen-Pandemie.

Passend zum ewigen »Brexit« und dem wachsenden demokratischen Widerstand gegen den Corona-Notstand in England, soll dort angeblich eine Virusmutation gefunden worden sein. Und, oh Wunder, er »wütet« laut Regierungsmedien vor allem im renitenten Südwesten des Landes.

Der PCR-Test indes ist ein Meister aus Deutschland. Er testet alles Mögliche im Bereich Grippeinfekt, aber nicht das, was behauptet wurde. Die einzige Pandemie des Jahres 2020 ist eine Testwelle wie bei der Schweinegrippe 2009. Machte damals auch Welle: Die Bankenkrise. Und ein gewisser Dr. Drosten mit seinem Wundertest.

Moral? Der Tod gehört zum Leben. Wir werden alle einmal sterben. Aber jetzt noch nicht und vor allem nicht an SARS. Im Grunde werden Sie, ja Sie, und wir alle gerade *getestet*, was wir mit uns machen lassen und was wir bereit sind, anderen anzutun. Weihnachten und Silvester 2020 geraten so auch zum Charaktertest wie im berühmten Stanford-Gefängnis-Experiment.

Sind Sie in der Lage, sich mit ihren Mitmenschen zu verständigen und die Bedingungen der Demokratie in Konflikt und Einverständnis herzustellen? Oder werden Sie auf Kommando zum autoritären, gar mordslüsternen, Charakter? Mit einem Wort: Schalten Sie im Moment der totalen Krise Herz und Hirn ein oder wollen Sie sich lieber *führen* lassen?

Wenn Sie reif genug für die Stimme der Opposition sind, dann halten Sie mit dieser Zeitung ein wahres Geschenk in Händen. Frohe Weihnachten! Und: Guten Rutsch.

Spaziergänger und Andächtige haben sich Meldungen zufolge ganztägig bis in die Nacht mit Grundgesetz, Bibel und Glühwein am Berliner Dom angekündigt: Heiligabend 2020 wollen die Regierung Merkel und der Berliner Senat dagegen Wasserwerfer, Hundestaffeln und die berüchtigte 32. Hundertschaft an der Kirche aufmarschieren lassen. Am 31.12. dann soll es demzufolge international zu den größten koordinierten Protesten der Geschichte kommen. In London, Paris und Berlin wird es heißen: »United We Stand«, wir stehen zusammen.

Collage mit Berliner Dom: DW/Feuerstacke

POLIZEI

STA 1

Dies ist die 31. Ausgabe der auflagenstärksten deutschen Wochenzeitung 2020 nach BamS. Licht ins Dunkel:
- Politik und Demokratiebewegung Seiten 4 bis 7
- »Eine Frage der Christlichkeit« Seite 8
- Wirtschaft und Mittelstand ab Seite 9
- Grundgesetz Seite 16.

NICHTOHNEUNS.DE

DEMOKRATISCHE FAMILIE

LAUDATIO ***Preis der Republik geht an Sibylle, Martin und ihre vier Söhne. Eine Nennung ist (noch) nicht möglich, Helden sind sie alle.***



Eine Familie wie aus dem Bilderbuch: Gesunde Gesichter, lebensfroh, freundlich, wach. Sibylle, Martin und vier Söhne schaffen seit April für Demokratie und Grundrechte.

Er Zimmermann (!), sie Mutter und Familienmanagerin. Mit ihren vier Söhnen tingeln sie Woche für Woche mit dem Bollerwagen durch Gemeinden Süddeutschlands, um diese Wochenzeitung zu verteilen. Das Motto: »Ein Geschenk von der Opposition in düsterer Zeit, in der die Widersprüche so sichtbar und spürbar sind, wie seit 1945 nicht mehr.« Die freundliche Arbeit gegen die Lüge und »das radikal Böse« (Hannah Arendt) handelt der Familie seit einiger Zeit auch große Probleme ein. Die Kinder werden in der Schule geradezu verfolgt, weil die Familie aus guten Gründen beim Maskenterror nicht mitmacht und sich gegen Impfzwang und den vom Regime raunend beschworenen »dunklen Winter« wendet. In der Zimmerei des Vaters kommt es ebenfalls zu Schwierigkeiten. Behörden agieren in vorauseilendem Gehorsam als willige Vollstrecker des Neofaschismus in der Bundesrepublik.

Eines Abends sind Eindringlinge im Garten der Familie. Zu Schlimmerem kommt es nicht, aber die Angst vor Angriffen bleibt die Nacht über. Am nächsten Morgen fehlen die Nummernschilder am Wagen. Ein tätlicher Versuch, die demokratische Familie von der Fahrt zu einer Demonstration für die Grundrechte abzuhalten. Die Zeitung geht trotzdem raus, tausendfach und mehr. Die sechs machen weiter. Und wissen: »Am Ende wird man sich bei uns entschuldigen müssen.« Das Recht haben sie ohnehin. Die demokratische Familie erhält den Preis der Republik. Helden: Alle Sechse!

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an »Sibylle, Martin« und die Vier für ihren redlichen bürgerrechtlichen Einsatz verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona.



JAHRESRÜCKBLICK

Das Jahr 2020 hat unser aller Leben komplett verändert. Das gilt für die LeserInnen dieser Zeitung ebenso wie für die MitarbeiterInnen. Die Corona-Politik hat Familien, Beziehungen und Freundschaften entzweit, die Gesellschaft gespalten, wirtschaftliche Existenzen zerstört, kurzum: den Menschen ihr vertrautes Umfeld und damit auch ihr emotionales Zuhause genommen – oder es zumindest gehörig auf den Kopf gestellt, sodass man sich plötzlich mitten in einem Chaos befand und sich erst einmal neu sortieren musste, um sich im eigenen Leben wieder heimisch und geborgen zu fühlen.

Glücklicherweise gab es in diesem Jahr aber auch Menschen, die dem Corona-Wahn von Anfang an die Stirn boten und uns dabei halfen, das Chaos in und um uns herum zu überwinden: Bodo Schiffmann, der uns durch seine unermüdliche medizinische Aufklärung die Angst vor dem »Killer-Virus« nahm, die unsere PolitikerInnen bis heute zu schüren versuchen, und der uns den Blick auf die gesundheitsschädigenden Auswirkungen der Maßnahmen (statt des Virus) öffnete. Beate Bahner, die juristisch gegen die grundgesetzwidrigen Maßnahmen vorging und uns dafür sensibilisierte, dass man Unrecht nicht stillschweigend hinnimmt, sondern dagegen vor Gericht zieht. Und nicht zuletzt Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp, deren Antwort auf den ersten Lockdown darin bestand, mit dem Grundgesetz unter dem Arm auf die Straße zu spazieren, und die uns ermutigten, per pedes unsere Grundrechte zu verteidigen. Die außerdem diese Zeitung ins Leben riefen, um dem demokratischen Widerstand eine Stimme zu geben, und die im Übrigen nichts davon wissen, dass gerade diese Zeilen hier verfasst werden.

Jene Menschen – und weitere, für die sie hier auch stellvertretend genannt sind – haben uns in dem Jahr, das sich nun dem Ende neigt, Hoffnung geschenkt und Halt gegeben. Und rückblickend muss man wohl sagen: Ja, das ausklingende Jahr ist von schmerzhaften Verlusten geprägt und hat uns mitunter an den Rande der Verzweiflung getrieben, doch wir haben im Laufe des Jahres 2020 auch etwas sehr Kostbares hinzugewonnen: Ein neues Bewusstsein dafür, was uns im Leben wichtig ist und wofür es sich zu kämpfen lohnt; eine neue Gemeinschaft von Gleichgesinnten, die uns emotional auffängt. Diese Zeitung ist ein neues geistiges Zuhause, für uns in der Redaktion und im Vertrieb genauso wie für unsere LeserInnen. Daher möchten wir unseren Verlegern auf diesem Wege – schwarz auf weiß – zum Jahresende sagen: Danke, Anselm! Danke, Hendrik! (cko/red)

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 31. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020 und darüber hinaus! Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

DIE NEUE KANZEL

EINWURF *von Werner Köhne*

Das Fernsehen erlebt heute eine Art Renaissance – als Institution der »Verkündigung der Wahrheit«. Wie konnte es zu dieser Wiedergeburt kommen?

In der Krise versammelten sich einst unsere Urahnen um das Feuer und einer aus der Runde erzählte eine Geschichte, etwa von einer erfolgreichen Jagd oder einer Geisterbegegnung der dritten Art. Das beruhigte. Im Mittelalter, zu Zeiten der Pest, fand die Gemeinde in Bildern, die von Erlösung erzählten, Trost, bevor Luther zur Sicherung des Glaubens zum Bildersturm aufrief. Geschichten waren da schon schwerer zu erzählen. Die einstige *Schlaftablette* TV – zuvor kaum noch ernst genommen – konnte in den letzten neun Monaten nicht nur bei den Älteren an Wertschätzung zulegen; auch die Jüngeren erliegen dem TV-Trommelfeuer, zumal sich diese Mobilmachung des Defätismus auch *online* erweitert hat: in Form von Löschvorgängen gegen unliebsame Kritik. Und Löschen, gar Auslöschen, ist heute die geläufigste Form des sozialen Todes.

Spätestens wenn bei diesem *Coaching* der Zuschauer als *Mensch* angesprochen wird, ist Vorsicht geboten. Im Begriff des Menschen hat sich inzwischen eine krude Moral angesammelt, die verdeckt, dass sich ein teuflisches *Framing* dahinter versteckt: »Den Menschen abholen, ihn mitnehmen, an die Hand nehmen« – so lauten die begütigenden Ansprachen an den Zuschauer. Wer genauer hinhört, wird an jene Art von Verachtung erinnert, die man denen entgegenbringt, deren Bedürfnisse man niedrig genug ansetzt, um sie dann manipulieren zu können. Man geht dabei von zwei Wünschen des Zuschauers aus: Er möchte leichte Kost, aber auch überwältigt werden von dem, was er sieht und hört.

Konkret: Wo die *leichte Unterhaltung* die menschliche Fähigkeit auf Verstehen kaum einfordert, da wird der Mensch andererseits in eine Panik getrieben, die ein Verstehen endgültig abwürgt. Vielleicht ist einer der verhängnisvollsten Sätze heute dieser: *Die Bilder sprechen für sich.* Ein anderer erscheint ebenso verheerend: *Alles lässt sich sprachlich einfach ausdrücken.* Es ist ja gerade diese Sucht nach schrillen Bildern und sprachlicher Einfachheit (Einfalt), die den TV-Exekutoren in die Hände spielt. Da reicht dann eine steile Pose von Kleber und ein markiges Wort von Söder – und allzu viele fügen sich.

Ein sachlicher Überblick in Zeiten der Panik

Schauen wir uns an, womit wir es zutun haben. *Von Hendrik Sodenkamp*

Die Maßnahmen der Regierung für den November, bekannt als »Wellenbrecher-*Lockdown*«, haben zu »keinem deutlichen Rückgang« des Infektionsgeschehens geführt. Vielmehr hat es schon »seit der 3. Oktoberwoche insgesamt einen stabilen Verlauf gegeben«.

Dies ist das Ergebnis eines Berichts des Lehrstuhls für Statistik und ihre Anwendungen in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der LMU München vom 11.12.2020. In anderen Worten: Die »Welle« war schon gebrochen, bevor der »Wellenbrecher-*Lockdown*« kam.

Der Bericht kommt darüber hinaus zu dem Ergebnis, dass sich »adjustiert auf die Einwohnerzahl keine ausgeprägte Übersterblichkeit« zeigt und »die bisherigen Corona-Maßnahmen den notwendigen Schutz der Ältesten verfehlen«.

Bereits im Thesenpapier N°6 vom 22. November 2020 kam die Autorengruppe um Prof. Dr. med. Matthias Schrappe, ehemaliger stellvertretender Vorsitzende des Sachversändigenrat Gesundheit des Bundes zu solchen Schlüssen. Titel des Thesenpapier: »Zur Notwendigkeit eines Strategiewechsels«.

Sie schrieben, es gebe ein »kontinuierliches Ansteigen der Zahlen«, statt eines exponentiellen Wachstums und: »Die Annahme, dass man während des Winters ein »Zurück« auf Zahlen wie im August erreichen kann, entbehrt jeder Grundlage.« Die Bundesregierung betreibe eine »fortwährende Missachtung des Schutzauftrages für die verletzlichen Bevölkerungsgruppen«. Die Autorengruppe forderte von der politischen Führung »Zielgruppen-spezifische Maßnahmen stärker zu berücksichtigen.«

INTENSIVBETTENKAPAZITÄTEN

Am Sonntag, dem 20. Dezember, wurden laut DIVI-Intensivregister 5.022 Fälle von Covid-19 auf Intensivstationen behandelt, was rund ein Viertel der 21.653 belegten Intensivbetten ausmacht. Die Zahl der Menschen, die auf Intensivstationen insgesamt behandelt werden, bleibt jedoch relativ stabil. Zum Vergleich: Am Sonntag, dem 6. September (an anderen Sonntagen im späten Sommer, im frühen Herbst, sind die Zahlen ähnlich) wurden 21.014 Menschen auf Intensivstationen behandelt, davon 218 mit Covid-19. Das bedeutet, dass heute (am 20.12.2020) 639 Menschen oder rund 3 Prozent mehr Menschen auf der Intensivstation behandelt werden als im frühen Herbst, als die Corona-Zahlen niedrig waren. Laut Bundesamt für Statistik gibt es in Deutschland ca. 1.900 Kliniken. Pro Klinik gibt es im Schnitt also circa 0,3 Patienten mehr pro Krankenhaus als im frühen Herbst.

Ein Vergleich der Auslastung mit früheren Jahren ist auf der DIVI-Seite nicht zu machen, da die Statistiken dort erst im Frühjahr 2020 beginnen. Auf der Internetseite des Gesundheitskonzerns *helios-gesundheit.de*, werden täglich die Zahlen zur Bettenauslastung in den 89 Klinken in Deutschland veröffentlicht. Daraus wird ersichtlich, dass die Bettenauslastung des Konzerns in den Monaten November und Dezember 2020 um circa 5.000 Fälle niedriger war, als im Jahr 2019. Außerdem sinkt in die Zahl der »liegenden Fälle« in den 89 Helios-Kliniken seit Mitte November 2020 leicht, aber kontinuierlich.

Die Zahl der Intensivbetten in Deutschland hat 2020 insgesamt abgenommen, wie das DIVI-Intensivregister zeigt. Dies mag unter anderem daran liegen, dass im »Seuchenjahr 2020« 13 Klinken mit 3.400 Betten und 6.000 Beschäftigen geschlossen wurden, wie die Initiative »Gemeingut in BürgerInnenhand« glaubhaft berichtete.

Gegenüber der Nachrichtenagentur *dpa* äußerte am 14.12.2020 Stephan Sturm, Chef des Medizinkonzerns Fresenius, dessen Tochter Helios Deutschlands größter privater Klinikbetreiber mit jährlich rund 5,6 Millionen Patienten ist: »Der einseitige Fokus der Politik auf Intensivbetten ist falsch. Dort, wo es zu Engpässen in Krankenhäusern gekommen ist, ist das meist wegen des Mangels an Intensivpflegekräften geschehen und nicht wegen fehlender Intensivbetten. Den viel diskutierten Personalmangel hat es schon vor der Corona-Krise gegeben.« Die Lage sei mancherorts zwar angespannt, aber vor einem Kollaps stünde das Gesundheitssystems nicht.

MASKE?

Nach dem *Lockdown* in Wuhan wurde eine Studie von chinesischen Wissenschaftlern erstellt, die am 20. November im renommierten Wissenschaftsmagazin *nature* erschien. Die Wissenschaftler testeten fast die gesamte Stadtbevölkerung von zehn Millionen Menschen auf den Virus. Sie konnten keinen neuen Fall mit Symptomen finden und nur 300 Menschen, die »asymptomatisch« den Virus in sich tragen. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass es keine Anhaltspunkte dafür gibt, dass Menschen, die den Virus in sich tragen, jedoch keine Symptome entwickeln, den Virus übertragen. Auch nicht an nahestehende Personen.

Da die großen Plattformen wie YouTube, Facebook und Google Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an unabhängige Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
kenfm.de
rubikon.news
corodoks.de
corona-ausschuss.de
mutigmacher.org
multipolar-magazin.de
ärzte-für-aufklärung.de
klagepaten.eu
miloszmatuschek.substack.com

*Diese »**Banken**« schlossen oder verweigerten dieser Wochenzeitung aus regierungspolitischen Gründen die Konten.*







Weihnachtsquiz

WIE FUNKTIONIERT ES?

Beantworte folgende Fragen und schicke Deine Antworten bis zum 4.1.2021 an:

quiz@demokratischerwiderstand.de

Die Gewinner werden in der nächsten Ausgabe namentlich bekanntgegeben.

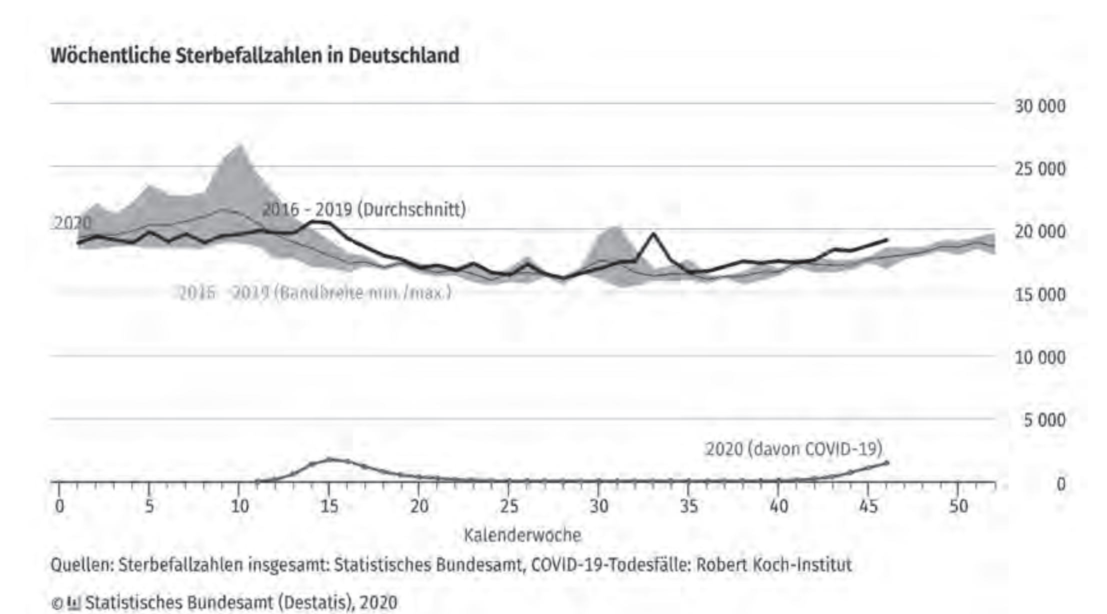
1. Angenommen von 100.000 Menschen sind 100 mit einem Virus infiziert. Nun testet man alle 100.000 mit einem zu 99 Prozent sensitiven und zu 99 Prozent spezifischen Test. Wie viele der Infizierten sind:
a) richtig positiv? **b)** falsch negativ?
c) falsch positiv? **d)** Wie viele werden dann insgesamt positiv getestet?
f) Angenommen, Du gehörst zu den positiv Getesteten. Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass Dein Testergebnis falsch ist?
2. Wie viele Menschen sind von Juni bis September 2020 in Deutschland insgesamt gestorben?
3. Wieviel Prozent der in Deutschland von Juni bis September 2020 Verstorbenen sind an oder mit Corona gestorben?
4. Wie hoch war die Anzahl der durchgeführten Corona-Tests in der 13. und 44. Kalenderwoche?

Sapere aude!

Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!

Wir danken den AutorInnen von Studenten stehen auf. t.me/studentenstehenauf

Dieses Quiz haben wir nach Rücksprache übernommen. Es wurde für diese Zeitung angepasst.



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.
Der Sars-Cov-2-Virus (Corona) existiert. Er ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

Transnationale Kapitalistenklasse und Machtelite sowie ihre diabolischen Satrapen in den Regierungen sind bei weitem zu mehr in der Lage, als sich jeder »Verschwörungstheoretiker« ausdenken kann.

Vor unseren Augen zerlegen die Herrschaftscliquen gerade unsere Gesellschaften und Staaten. Zivilisatorische Errungenschaften wie Aufklärung, Freiheit, Menschenwürde fahren sie restlos an die Wand. Es fehlt nur noch der große Nato-Krieg gegen Russland und China als Spitze staatsterroristischen Irrsinns. Ausbrechen kann er planvoll aller Orten.

PSYCHOPATHEN AUF AMOKFAHRT

Wir lassen uns unter dem Schwindel-Etikett »Demokratie« von Psychopathen und Schwerstkriminellen regieren. Die letzte Diktatur in Deutschland liegt erst 75 Jahre zurück. Heute schaut die Mehrheit wieder weg, will wieder nichts verstehen, ist offensichtlich zu verängstigt oder degeneriert, um für die Freiheit zu kämpfen, die uns allen gerade genommen wird. Die Merkel-Tyrannei ertränkt unser Land und Europa in einem neuen Totalitarismus, in einem Meer von Lügen und *Bullshit*. Doch dieses Mal ist die Tyrannei nicht auf Deutschland beschränkt. Das neue 1.000-jährige Reich der Transhumanisten vom *World Economic Forum* (Weltwirtschaftsforum in Davos) ist für die ganze Welt vorgesehen. Als Instrument zum Übergang in den neuen Hyper-Faschismus nutzen die Machteliten Corona und die angebliche Sorge um die Gesundheit der Bevölkerungen.

Mit Corona soll die Aufmerksamkeit der Menschheit maximal abgelenkt werden, damit sie ihren Peinigern willig in den freien Fall der für die Weltgesellschaft bestimmten Tyrannei folgt. Hatten sie uns nicht bereits vor dem März 2020 hemmungslos belogen und auf der Menschheit herumgetrampelt? Haben sich die Lügenzentralen in der Coronakrise zu Wahrheitszentren gewandelt? Sind die Herrschaftscliquen ab März 2020 glaubwürdiger und menschlicher geworden? Oder haben sie nicht vielmehr die Lügenmaschine mit der Corona-Nummer *off-limits* geschaltet und die Wagenburg der Staatsverbrecher und Propaganda-*Bullshit*-Medien noch enger zusammengerückt?

GRÖSSTE SORGEN UM DIE VOLKSGESUNDHEIT

Seit dem 25. März 2020 regieren die Merkel-Verfassungsputsch-Clique und die Spitzengremien der Putschisten-Parteien im Ausnahmezustand. Wer hätte es gedacht? Sie haben seit März ihr ganz großes Herz für die »Volks«-Gesundheit entdeckt, im Schulterschluss mit Bill und Melinda, *BIG Money, Pharma, Deep-State*, Militär, Konzern-EU, korrupter Wissenschaft und impfenthusiastischen *New-Age*-Dr.-Mengeles.

Diese Kabale macht sich sämtlich die größten Sorgen, dass »wir« uns anstecken könnten. Wir müssen auf Distanz bleiben, sogar im Freien. Auch in vielen Innenstädten müssen die Menschen die widerwärtigen Gesichtswickel tragen, in einigen Ländern des europäischen Südens sogar an Stränden. Dass diese Lappen zu nichts taugen, außer zu vermehrten Zahn- und Munderkrankungen sowie Sauerstoffmangel, wissen Experten schon lange. Die Menschenverächter quälen die Kinder in einer Art Hundedressur mit Masken und traumatisieren sie in Vorbereitung auf ihren zukünftigen Sklavenstatus im Zeitalter der Digitalisierung.

Der Maskenterror wird durch Hausarrestregelungen und den Desinfektionswahn »ergänzt«: Hände desinfizieren, Oberflächen desinfizieren, sich rundum desinfizieren. Dass der PCR-Test zur Diagnose nicht geeignet ist, haben Experten vielfach dargelegt. Allein, sie werden aus korruptiv-politischen Gründen nicht gehört, denunziert, verächtlich gemacht und aus ihren Berufen gedrängt.

Üble Tatsache ist: In der modernen Tyrannei sind die Menschen Biomasse, früher Menschenmaterial genannt. In der Welt der Transhumanisten hat diese »Biomasse« die einzige Funktion, Untertan, Knecht und Sklave zu sein. Sie haben den Mund zu halten, sich impfen, *chippen* und *tracken* zu lassen, mit KI-Maschinen zu verschmelzen, *online* Bestellungen aufzugeben, über ihr digitales Zentralbankkonto steuerbar zu sein, an ihrem isolierten Digitalarbeitsplatz zu arbeiten, Hygienediktate zu befolgen und zu sterben, wenn sie wegen seelischer Verkrüppelung zusammenbrechen – oder sich aufgrund tiefer Depression das Leben nehmen. Das angestrebte Ziel ist, die menschliche Biomasse auf dem Planeten zu verringern. Das ist die Ansage für die Zukunft!

GLEICHSCHALTUNG UNTER DEM MERKEL-REGIME

In der Merkel-Tyrannei ist kein Platz für Gewaltenteilung, Subsidiaritätsprinzip, unabhängige Justiz und die Verhältnismäßigkeitsabwägung ergriffener Maßnahmen. Die Zentralisierung und Gleichschaltung aller Entscheidungsebenen läuft auf Hochtouren. Die Tyrannin oktroyiert den Ländern, der Gerichtsbarkeit bis hin zum Bundesverfassungsgericht ihren Willen auf. Die Medien sind schon lange integraler Teil des Krieges gegen die Zivilgesellschaft. Die Staatssouveränität hat über den Ausnahmezustand die Volkssouveränität abgelöst. Die Demokratie ist damit Geschichte.

Die neofaschistischen Tentakel des aufgeblähten »Infektionsschutzsicherheitshauptamtes« der Merkel-Tyrannei (Bundeskanzleramt) reichen bis tief nach Brüssel. Eine faule Tomate hatte die Tyrannin höchstpersönlich in die EU-Kommissionsspitze nach Brüssel geworfen. Die Unterdrückung soll jetzt noch besser über die EU koordiniert werden. *Fakenews* produziert bekanntlich nur die Demokratiebewegung.

Und so läuft die Löschtaste bei *Google, YouTube* und Co auf Hochtouren, um tyranneikritische Positionen zu eliminieren. Es geht um koordinierte Zensur und Zensur ist das Ende jeder Demokratie! Nicht Wahrheit und Fakten sind von Bedeutung, sondern die hinter dem politischen Terror liegenden Ziele der planvollen Erniedrigung der Menschen zur »Erreichung höherer Ziele«— die der vierten industriellen Revolution! Auch damit nicht genug. In ihrer Außen- und Kriegspolitik ist die Merkel-Tyrannei eng verwoben mit *Deep-State*-Formationen des Kriegskomplexes.

Seit Mitte der 1990er Jahre ist sie maßgebliche Treiberin der NATO- und EU-Ostexpansion, involviert in den Ukraine-Putsch, in alle möglichen außenpolitischen Verbrechen bis hin zum Völkermord im Jemen. Für die Aufzählung der außenpolitischen Verbrechen fehlt hier der Platz. Aber es geht immer weiter: »China und Russland umzingeln zerstrittene westliche Allianz«, so der Nato-Kriegspropagandist Jens Stoltenberg. Propaganda-*Bullshit* von *Bullshittern* für gehirngewaschene Bevölkerungen.

Die Menschen des Westens stecken fest in einem absolut kranken, ethisch-moralisch zerrütteten System. In jedem Fall ist das, was um uns herum geschieht, seit Menschengedenken beispiellos. Das »radikal Böse« (Hannah Arendt) ist in Aktion: Die Millionen To-

DIE TYRA

Bis Ende Februar 2020 glaubte ich, eine Ahnung davon der Macht agieren. Meine Vorstellung zerschellte jedoc



»Die Kanzlerin fiedelt das Lied der Alternativlosigkeit vor dem Hintergrund der abfackelnden Zivilisation.« *Motiv: Nero vor dem brennenden Rom. Bild*

BULLSHITTER AUF BLINDFLUG

Ein Kommentar von Ullrich Mies

Der große Staatsmann Lars Klingbeil, Generalsekretär der aussterbenden Politik-Kampf-Sekte SPD ruft, »alle staatlichen Stellen auf, deutlich härter gegen Verschwörungsideologien vorzugehen«. Ferner fordert er »eine Überwachung der Kommunikationsräume der Querdenken-Bewegung und er sorgt sich um die Sicherheit der Impfzentren, die er notfalls unter Polizeischutz stellen will«. Er und seine Sekte möchten gern »das Land regieren«. Olaf Scholz wird auf einem *Online*-Debattencamp »eine große Rede als Kanzlerkandidat halten und seine Ideen präsentieren, wie er unser Land im nächsten Jahr aus der Krise führen will«.

Das heißt diejenigen, die uns als Groko-Partner, »nachhaltig« bereits vor Corona so tief in den Morast geritten haben und bei jeder Konzernprostitution und jedem Kampfeinsatz *out of area* »hier« schreien, bieten sich als Regenten an.

Aber es geht noch blöder, dann nämlich, wenn der brandende Applaus *online* nicht rüberkommt: »Bei uns sind es virtuelle Herzen, mit der die Zustimmung zu Redebeiträgen gezeigt werden kann.« Die mangelnde Masse zwischen beiden Ohren kompensiert der größte Weltpolitiker aller Klassen damit, dass er diejenigen, die sich dem Machtmissbrauch und den Unterdrückungsorgien des totalen Staates im Ausnahmezustand entgegenstemmen, als »Aluhutträger, Nazis und Verschwörungsideologen bepöbelt«.

ANNIN

n zu haben, wie bösartig die Zentren ch an der Wirklichkeit. *Von Ullrich Mies*



montage Jill Sandjajas (DW) aus zwei Gemäldefotografien.

desopfer der *Lockdowns* als Folge dieser Tyrannenherrschaft werden erst in einigen Jahren zu beklagen sein. *Mission accomplished*: Die mörderische Bevölkerungsreduktion.

PSYCHOLOGISCHE OPERATION DER EXTRAKLASSE

Das Covid-19-Regime ist ein Krieg nach innen. Was wir gerade erleben, umfasst das ganze Wissen der psychologischen Kriegführung, des *Mind Control*/MKUltra, »Biedermanns Tabelle des Zwangs« und alle Erkenntnisse zahlloser Kriege und Anti-Guerilla-Kriege. Es ist eine super *psyop-mind-control-counterinsurgency*-Operation gegen die Zivilgesellschaften. Die Angstmach-Papiere aus dem deutschen und österreichischen Innenministerium offenbaren die Perfidie der Superverbrecher. Auch diese Papiere gehören ins Spektrum psychologischer Operationen ebenso wie die strategische Kooperation mit den Medien als »Waffe«.

So, wie sie im Krieg den Willen von Kriegsgefangenen brechen, wollen die transhumanistischen Psycho- und Soziopathen in ihrem Krieg gegen die Völker den Willen der Menschen brechen. Die Zerstörung der menschlichen Psyche, die Zerstörung des Klein- und Mittelstandes, des gesamten Kulturbetriebes, massive Zensur, Bevölkerungsreduktion, die soziale Zersetzung der Gesellschaften und vieles mehr gehören zu einem Handlungsensemble.

Solange das Narrativ des Killervirus die Köpfe verheert, ist es um die Menschheit nicht gut bestellt. Dieses Narrativ muss durch ein neues ersetzt werden. Eine große Erzählung ist stärker als alle Polizeiapparate und Armeen der Welt.

PASSIVER UND AKTIVER WIDERSTAND

Die Tyrannenherrschaft ist so alt wie die Herrschaft des Menschen über den Menschen. Darum haben sich die Untertanen zu allen Zeiten Gedanken darüber gemacht, wie sie Machtmissbrauch und Vertragsbruch der Könige, Fürsten und des Klerus wirkungsvoll Grenzen setzen können.

Der Streit über das Widerstandsrecht wurde seit Jahrhunderten nicht beigelegt, durch das Attentat am 20. Juli 1944 gegen Hitler und durch die Notstandsgesetzgebung nach 1968 befeuert, steht es heute wieder im Mittelpunkt, nachdem die in protestantischer Freudlosigkeit und SED/FDJ-Kader-Diktatur sozialisierte Angela Merkel die deutsche Republik *in toto* abgefackelt hat.

Die folgenden Zitate sind aus: Arthur Kaufmann/Leonhard E. Backmann (Hg.): Widerstandsrecht, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1972.

»In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, dass noch bei den bereits christlich gewordenen spanischen Westgoten im 6. Jahrhundert das Widerstandsrecht so weit gegangen ist, dass von 35 Königen 17 nicht nur abgesetzt, sondern sogar getötet wurden.« – *Johannes Spörl*

»Der Objektive, im Wesen der politischen Gemeinschaft gegebene Grund für Autorität, Herrschaft und Macht, ist das Gemeinwohl. Wo ein Gewaltherrscher, sei es durch revolutionären Einbruch oder durch Verkehrungen seines zunächst rechtens ihm verliehenen Auftrags, das Gemeinwohl von Grund auf zerstört, ist er ohne Recht und besitzt keine Befehlsgewalt. Der aktive Widerstand gegen ihn ist also erlaubt. Wieder ist das Gemeinwohl das notwendige Kriterium für die tatsächliche Anwendung dieses Widerstands, also für den Aufstand gegen den Tyrannen.« – *Richard Hauser*

»Nur sanft sein, heißt noch nicht gut sein. Und die vielen Schwächlinge, die wir haben, sind noch nicht friedlich. Sie sind es nur im billigen, schlechten Sinn dieses Wortes, sind es allzu leicht. Ja, als kleine Kinder ließen sie sich nichts gefallen, diese begehren auf, dass man Wunder meint, was es derart mit uns auf sich habe. Aber danach kamen auf zehn Aufstände Tausend Kriege, und die Opfer blieben brav. Daneben überall die vielen Duckmäuser, sagen nicht so und nicht so, damit es nachher nicht heißt, sie hätten so oder so gesagt. Leicht gibt sich bereits als friedlich, was mehr feige und verkrochen ist.« – *Ernst Bloch*

»Geschichte wiederholt sich als Tragödie oder Farce« (Karl Marx): Hitler sagte nach dem fehlgeschlagenen Attentat vom 20. Juli 1944: »Ich bin hier eiskalt. Wenn das deutsche Volk nicht bereit ist, für seine Selbsterhaltung sich einzusetzen« (d.h. den Krieg bis zur völligen Selbstzerstörung fortzusetzen) »gut, dann soll es verschwinden!« – *Gerhard Ritter*

Bleibt die berechtigte Frage: Was bezweckt die Tyrannin Merkel mit mehrfachen *Lockdowns* anderes als die völlige Zerstörung von Mittelstand und der Gesellschaft unseres Landes?



PROBLEMFALL STEPHAN HARBARTH

Unter dem Konzernlobbyisten Stephan Harbarth (Foto /Commons) ist das Bundesverfassungsgericht zu einer Abteilung des Corona-Regimes degeneriert. Auf Harbarth geht die finale Schleifung der Gewaltenteilung zurück, die er am 5. Dezember 2020 faktisch abschaffen ließ. Als Angela Merkel »weniger Querdenken« forderte, setzte der Vorsitzende des Bundesverfassungsgerichtes diese Forderung Gewehr bei Fuß um – und brach mit dem Verbot von regierungskritischen Demonstrationen selbst das Grundgesetz.

Harbarth war im Mai 2020 im Stile einer mittelamerikanischen Bananendiktatur zum Präsidenten des obersten Gerichtshofes der Bundesrepublik gemacht worden. Bereits als Bundestagsabgeordneter der CDU unter Merkel war Harbarth als einer der skrupellosesten Lobbyisten aufgefallen, der sich mit »Nebeneinkünften« die Taschen vollschaufeln ließ wie kein Zweiter und in der Folge etwa die Vorratsdatenspeicherung mitbetrieb. Als Anwalt hatte Harbarth bei der Konzernkanzlei Shearman and Sterling ganz im Sinne der Cum-Ex-Skandale mitgetan, bei denen die schamlose und substantiell bis ins Mark destruktive Ausplünderung der Gesellschaft betrieben wurde. Und damit nicht genug: Dieselkandal, eine Affäre um die Ernennung zum Honorarprofessor, seine vollständige Einbindung in staatsfeindliche Strukturen... Harbarth ist kein unglücklicher Zufall, sondern im Grunde ein Agent zur Zerstörung der Bundesrepublik an der Spitze des Gerichtshofs. Und seinen ersten großen Auftrag dürfte er soeben erfüllt haben: Die Frankfurter Paulskirche, Ort der ersten demokratischen Verfassungsgebenden Versammlung in Deutschland, war am 5. Dezember von Polizei und Wasserwerfern umstellt – um mögliche Demokraten vom Besuch der Kirche abzuhalten. (ale/DW. Auszug eines Textes vom Journalistenportal kenfm.de.)

MELDUNG

NO-DEAL-BREXIT DROHT

Brüssel/London/DW. Nach mehreren verstrichenen Fristen ringen London und Brüssel noch immer unter großem Zeitdruck um einen Handelsvertrag. Der Handelspakt soll die Wirtschaftsbeziehungen für die Zeit nach der Brexit-Übergangsphase regeln. Sollten sich Großbritannien und die EU nicht bald einigen, werden unter anderem ab dem 1. Januar 2021 Zölle auf Ein- und Ausfuhren erhoben. (eka)

NATO GEGEN ATOMWAFFENVERBOT

Oslo/DW. In einer gemeinsamen Erklärung lehnen die Nato-Staaten den am 22. Januar 2021 in Kraft tretenden UNO-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen ab. Dieser verbietet den Einsatz, die Entwicklung, Produktion und Lagerung von Atomwaffen sowie die Drohung mit dem Einsatz. Das Abkommen war im Juli 2017 von der UN-Vollversammlung mit den Stimmen von 122 Staaten verabschiedet worden. Mehr als 80 Länder sind ihm beigetreten. Völkerrechtlich ist es nicht bindend. In der Erklärung der Nato-Staaten heißt es, diesem Vertrag fehle es an rigorosen und klaren Verifikationsmechanismen. Zudem sei er von keinem Staat unterzeichnet worden, der über Atomwaffen verfüge. Der einzige glaubwürdige Weg zur nuklearen Abrüstung sei der geltende Atomwaffensperrvertrag. (eka)

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung nichtohneuns.de. *Siehe auch* querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) an* demokratischerwiderstand@protonmail.com.

DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an KDW e.V., IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57

Eine zugelassene Corona-Demo – an der Kieler Förde

Von Hermann Ploppa

Das grundgesetzlich verbürgte Versammlungsrecht ist *de facto* nach der Verabschiedung des modifizierten Infektionsschutzgesetzes am 18. November abgeschafft.

Folglich waren auch die angekündigten Großdemos am 12. Dezember in Frankfurt, Erfurt und Dresden höchstrichterlich untersagt worden. Galt das Verbot in der ganzen Republik? Nein. Die Landeshauptstadt von Schleswig-Holstein, Kiel, ließ eine Demo zu.

Die Kieler Gruppe distanziert sich mittlerweile von Querdenken und deren Eskapaden mit dem »König von Deutschland« und hat deshalb den neuen Namen »Kiel steht auf« angenommen. Um 12 Uhr begann die Kundgebung am Kieler Ostseekai mit einer Rede von Dr. Walter Weber von den *Ärzten für Aufklärung*. Einem Demonstrationszug durch die Kieler Innenstadt schlossen sich immer mehr Menschen an, sodass laut Polizeiangaben 700 Kieler dabei waren. Die Polizei verhinderte konsequent Übergriffe von (Fake)-Antifa-Schlägern und nahm einen Störer fest. Der ehemalige Grünen-Politiker David Claudio Siber hielt eine emotionale weihnachtliche Rede. Veranstaltungsleiter Björn betonte in seiner Rede, dass sich mittlerweile 15 Prozent der Bundesbürger gegen die Corona-Politik der Bundesregierung aussprechen. Zudem habe die amerikanische Soziologin Erica Chenoweth in einer Studie festgestellt, dass die meisten erfolgreichen Revolutionen gewaltlose Umwälzungen gewesen seien. Auf der Abschlusskundgebung am Ostseekai referierte ein Chemiker über die Fragwürdigkeit der PCR-Tests.

Die Kieler Kundgebung war ein erfreuliches Kontrastprogramm zu den schmählichen Grundgesetzverstößen in Bremen eine Woche zuvor.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

19.12.2020 14:30-18 Uhr	Berlin, Rosa-Luxemburg-Platz	Spaziergang mit dem Grundgesetz
19.12.2020 15-18 Uhr (jeden Sa)	Berlin, Alexanderplatz	Aufhebung aller Corona-Maßnahmen u.Wiederherstellung von Grundrechten
19.12.2020 15-18 Uhr	Berlin, Warschauer Str. (RAW-Gelände)	Berliner Kunst und Kultur trifft sich
19.12.2020-20.12.2020 23-6 Uhr (jeden Sa)	Berlin, innerhalb des S-Bahn-Rings	Freibier in Berlin
19.12.2020 13-15 Uhr	Leipzig, Innenstadtring	Große Traktoren Sternfahrt
19.12.2020 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
19.12.2020 13:30-16 Uhr	Mönchengladbach, Alter Markt	Schweigemarsch
19.12.2020 12-16 Uhr	Karlsruhe, Bundesverfassungsgericht	Demonstration vor dem Bundesverfassungsgericht
19.12.2020 14-16:30 Uhr	Stuttgart, Staatstheater	Schweigemarsch
19.12.2020 14-16:30 Uhr	Linz, Neues Rathaus	Schweigemarsch
19.12.2020 14-17 Uhr	Hannover, Rudolf-Hillebrecht-Platz	Autocorso Hannover
19.12.2020 14-17 Uhr	Wien, Heldenplatz	Demonstration gegen die Coronadiktatur
19.12.2020 15-17:30 Uhr	Wien, Maria-Theresien-Platz	Schweigemarsch
19.12.2020 15-18 Uhr (jeden Sa)	Bad Kreuznach, Kornmarkt	Wir für das Grundgesetz
19.12.2020 15-18 Uhr	Leipzig, Innenstadtring	Deutschlandweite Großdemo
19.12.2020 15:30-18 Uhr	Gera, Kultur- und Kongresszentrum	Schweigemarsch
19.12.2020 16-18:30 Uhr	Eberswalde, Heegermühler Str. 1	Schweigemarsch
19.12.2020 16-18:30 Uhr	Cottbus, Stadthallenvorplatz	Schweigemarsch
19.12.2020 12-20 Uhr	Weil am Rhein, Dreiländergarten	Grund- und Menschenrechte schützen
19.12.2020 16:30-23:59 Uhr	Am Rhein, Überall am Rhein	Rhein-Candle-Light
20.12.2020 14-16:30 Uhr	Berlin, Stralauer Str./Alexanderstr.	Schweigemarsch
20.12.2020 11:59-14:30 Uhr	Köln, Heumarkt	Schweigemarsch
20.12.2020 14:30-16:30 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Mahnwache für den Erhalt der Grundrechte für alle auch in Krisenzeiten
20.12.2020 14-16:30 Uhr	Hamburg, Gänsemarkt	Schweigemarsch
20.12.2020 14-16:30 Uhr	Frankfurt am Main, Weseler Werft (Platz)	Schweigemarsch
20.12.2020 14-16:30 Uhr	Weiden, Parkplatz am ZOB	Schweigemarsch
20.12.2020 14-16:30 Uhr	Regensburg, Dultplatz	Schweigemarsch
20.12.2020 14:30-17 Uhr	Moers, Hülsdonker Str./Fasanenstr.	Schweigemarsch
20.12.2020 15-17:30 Uhr	Weilheim, Volksfestplatz	Schweigemarsch
20.12.2020 16-18 Uhr (an Adventssonntagen)	Würzburg, Oberer Mainkai (unter Brücke)	Adventsspaziergang
20.12.2020 16-18:30 Uhr	Nürnberg, Richard-Wagner-Platz	Schweigemarsch
20.12.2020 16:30-19 Uhr	Zeitz, Altmarkt	Schweigemarsch
21.12.2020 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
21.12.2020 19-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin, P1 Messe, Hammarskjöldplatz	Autokorso durch Berlin
21.12.2020 14-16 Uhr	Bühl (Baden), Europaplatz	Corona - ist Impfen die Lösung
21.12.2020 18-19 Uhr (jeden Mo)	Limburg an der Lahn, Georgsbrunnen	Montagsspaziergang für Freiheit und Grundrechte
21.12.2020 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Walldorf, Platz auf der Drehscheibe	Montagsdemo
21.12.2020 17:45-19:45 Uhr (jeden Mo)	Köln, Rudolfplatz	Mahnwache für artgerechte Menschhaltung und Verhältnismäßigkeit
21.12.2020 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Krefeld, Theaterplatz	Demonstration für Menschenrechte, Grundgesetz und Freiheit
21.12.2020 18-21 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
21.12.2020 18-21 Uhr (jeden Mo)	Marbach a.N., Schillerhöhe	Montagstreff auf der Schillerhöhe
21.12.2020 19-21 Uhr	Brandenburg a.d. Havel, Johanniskirche	Montagsdemo
24.12.2020 15-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
24.12.2020 17-23:59 Uhr	Everywhere, Earth	SOS Light Protest
25.12.2020 17-20 Uhr (jeden Fr)	Hamm, Marktplatz vor der Pauluskirche	Spaziergang zur Stärkung des Immunsystems
26.12.2020 14:30-18:30 Uhr	Schwäbisch Gmünd, Bahnhofsvorplatz	Weihnachtsdemonstrationszug
28.12.2020 14-17 Uhr	Hartberg, Hauptplatz 1	CoronaDemo Hartberg mit Doc Rösch
28.12.2020 18-21 Uhr (jeden 2. Mo)	Bernau, Bahnhofsvorplatz	Montagsdemo Bernau
31.12.2020 12 - 01.01.2021 23:59 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	REVOLUTION
03.01.2021 12-18 Uhr	Nürnberg, Straße der Menschenrechte	Großdemo

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

LEISE RIESELT DER SCHNEE

Unser rasender DW-Reporter CLARK KENT berichtet deutschlandweit von Aktionen der Demokratiebewegung.

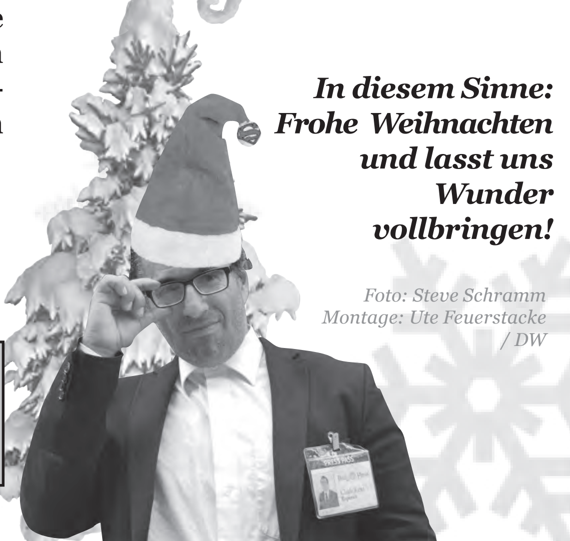
Weihnachten steht vor der Tür und es ist Zeit darüber nachzudenken, was bisher geschehen ist und vielleicht noch passieren wird.

Dieses Jahr hat sich viel bewegt. Wenn ich allein an die vergangene Woche denke: Da war ich mit zusammen dem Frauenbus (siehe Kasten) in Oldenburg, Münster, Dortmund, Ratingen, Erkelenz, Bonn, Siegen, Koblenz, Trier, Saarbrücken, Heidelberg, Karlsruhe, Würzburg, Bamberg, Nürnberg und Regensburg. Jeden Tag zwei Demos, ich kann nur noch grob schätzen, wie viele Versammlungen ich mitgemacht habe. Es gab so dermaßen viele Demonstrationen in so vielen Städten.

Die Welt hat sich verändert, ähnlich dem 11. September 2001, wo durch einen Anschlag viele Kriege entstanden, denen weit über eine Million zivilie Menschenleben zum Opfer fielen. Dank Julian Assange wissen wir, dass es Kriegsverbrechen waren. Und es kommen wieder gefährliche Zeiten auf die Menschheit zu. In solchen Krisen gibt es Menschen, die sich gegen diese Grausamkeit auflehnen. Sie setzen sich nicht nur den Widrigkeiten entgegen, sondern zeigen durch Menschlichkeit, Liebe und Toleranz, dass es anders geht. Genau aus diesem Grund haben sich viele Menschen gegenseitig neu gefunden. Es sind ganz neue, tiefere Freundschaften und Projekte entstanden.

So besteht das Helfa-Projekt beispielsweise schon fast aus 1.000 Menschen, die sich gegenseitig kostenlos helfen. Wenn Sie mögen, finden Sie hier die Internetseite: *helfa.org*. Zusammengefasst kann man sagen, dass man gerade in dunkelsten Stunden, leuchtende Sterne sehen kann. – Wie geht es weiter? Jeder hat die Möglichkeit, die Zukunft mitzugestalten; und wenn man nur seinen Nachbarn einlädt, um ein bisschen Zeit miteinander zu verbringen. Denn genau das ist Weihnachten. Lasst uns also Weihnachten so feiern, dass Wunder geschehen. Psychologen wissen um die Kraft des Glaubens. Beispielsweise wurde im 1. Weltkrieg der Krieg pausiert und die Menschen haben sich angefreundet. Auch jetzt haben Menschen vor Seniorenheimen gesungen und damit die Bewohner glücklich gemacht. Es gibt noch unzählige Beispiele mehr, wo Menschen ihr Freundlichkeit, Hoffnung und Offenheit gegen alle Widerstände zeigen. Lasst uns zusammen das größte Fest feiern, dass es je in Deutschland gab.

Den Fahrplan und weitere Informationen zur Frauen-Bustour finden Sie im Internet *friedensbus.eu* und auf Telegram *t.me/frauen_bustour*



In diesem Sinne: Frohe Weihnachten und lasst uns Wunder vollbringen!

Foto: Steve Schramm Montage: Ute Feuerstacke / DW

SO WOLLEN WIR LEBEN!

Geht es den Menschen in der Demokratiebewegung eigentlich um mehr als ihre Grundrechte?

In den vergangenen Monaten sind uns viele faszinierende Menschen begegnet. Wir haben sie bei den Spaziergängen mit dem Grundgesetz, konspirativen Treffen, Demonstrationen und Diskussionen kennen und schätzen gelernt. Manche von ihnen gingen früher nie auf Demonstrationen und hatten jede politische Hoffnung schon aufgegeben. Doch das Aussetzen von Grundrechten im Namen von Corona hat sie zusammen und auf die Straße gebracht. Hier sind ihre Antworten auf die Frage: »Wie willst du leben?«

Friederike Pfeiffer-de Bruin, Geburtshelferin und Menschenrechtlerin: Wenn die Regierung morgen ihre Fehler zugeben und zurücktreten sollte, dann brauchen wir zuerst ein Jahr der Besinnung und so wenig richtungsweisende Entscheidungen wie möglich, damit wir ins Gespräch kommen. Denn wir müssen wieder üben, miteinander zu reden. Danach machen wir aus den regionalen leeren Orten wieder belebte öffentliche Plätze. Alle können gleichberechtigt mitgestalten und Verantwortung übernehmen. Jede Stimme zählt. Dazu brauchen wir Anleitung und Übung, um zu lernen, wie Partizipation in der Praxis funktioniert. Ich wünsche mir, dass wir schon von Kindesbeinen an politische Bewusstseinsentwicklung erleben. Statt Bevormundung und einer starken öffentlichen Hand braucht es Experimentierfreudigkeit und eine Fehlerkultur, in der wir spielerisch Neues ausprobieren. Schließlich müssen wir die Macht der Konzerne aus dem öffentlichen Leben zurückdrängen, diese Konzernzentrierung beenden. Lasst uns herausfinden, was Menschen tatsächlich brauchen, um gesund und glücklich zu sein.

Markus Haintz, Rechtsanwalt und Bürgerrechtler: Derzeit tauschen wir Lebenszeit gegen Geld ein. Wir funktionieren im System und warten auf die Rente, wo wir dann all das machen wollen, worauf wir wirklich Lust haben. Dabei stirbt einer von fünf Männern schon davor. Aber wir können einfach freie Menschen sein, wenn Geld und Status nicht im Vordergrund stehen. Diesen Konsum macht der Planet nicht mehr mit. Insofern hat diese Krise auch etwas Gutes. Mehr und mehr Menschen erkennen die Verquickung von Wirtschaft und Politik, diese Art Oligarchie, und die Scheindemokratie, in der wir leben. Wir brauchen weniger Berufspolitiker, auch keine Großkonzerne, die die Politik bestimmen, oder Konzerne, die mächtiger sind als Staaten. Die Finanz- muss mit der Realwirtschaft wieder gekoppelt sein. Wir brauchen alle den Mut und die Zivilcourage, uns nicht vom Staat bevormunden zu lassen und dieses Spiel nicht mehr mitzumachen. Dieses ständige Vergleichen mit anderen führt nur zu Unzufriedenheit, Spaltung und leeren Hüllen statt gefühlvollen Menschen. Lasst uns gemeinsam die beste Lösung für alle finden und mit Mut für das eintreten, was wir für richtig halten. Egal, was andere über uns denken.

Paul Brandenburg, Arzt und Gründer des Vereins 1 bis 19 – für Grundrechte und Rechtsstaat: Ich wünsche mir ein Gemeinwesen, das es ermöglicht, dass Menschen in der Lage sind, so zu leben, wie sie wollen. Mit einer Politik, die Respekt vor dem Wähler hat, ohne diese autoritäre Identitätsstiftung der Regierung. Auf meiner Liste an Reformen stehen: die Begrenzung der Legislaturperiode und ein kleinerer Bundestag – je weniger Abgeordnete wir haben, desto mehr Verantwortung spüren sie. Wir brauchen PolitikerInnen, die Erfahrung im wirklichen Leben haben und nicht nur an die nächste Wahl denken. Im Grundgesetz sind Parteien überbetont. Die Parteienkleptokratie und Dekadenz müssen aufhören und die öffentlich-rechtlichen Medien reformiert werden. Erst das beendet die immer gleichen Seilschaften bestehend aus Reichen, Politik und Medien. So können wir einen Staat schaffen, in dem eine wirklich aktive Zivilgesellschaft möglich ist und Menschen sich am politischen System beteiligen. Mit einem durchlässigen Politsystem, in dem Wahllisten für Nicht-BerufspolitikerInnen offen sind. So bekommen wir auch mutige, innovative und starke Menschen in die Politik. Wir sind ein reiches Land und haben Frieden rundherum, wir wollen unseren Reichtum nicht weiter verspielen.



Millionen demonstrierten in Berlin, 29. August. Foto: Hannes Henkelmann

Captain Future, Organisator der Freedom Parade: Ich wünsche mir ein bedingungsloses Grundeinkommen, das wirklich an keine Vorgaben gebunden ist. Dann haben wir alle die Zeit, unsere eigentlichen Talente, Leidenschaften und Fähigkeiten zu finden und mit anderen zu teilen. Ohne Sorge um unsere Existenz können wir die Dinge mit Muße angehen – ohne diesen Stress hat auch Corona keine Chance mehr. Freiheit ist mein wichtigstes Anliegen. Wir brauchen Aufklärung über andere Beziehungsmodelle als die traditionellen. Offene Beziehungen sollen genauso thematisiert werden. Wir müssen unser Weltbild oder besser unser Denken erweitern. Wir können auch im Universum friedlich zusammenleben.

Stefan Kaindl, Musiker: Ich will einen Staat, der mir nicht vorschreibt, was ich für wahr und richtig halten soll. Ein staatliches System, das sich in erster Linie für die Rechte des Einzelnen und der Gemeinschaft einsetzt, anstatt uns zu kontrollieren, zu drangsalieren und zu überwachen. Das Gemeinwesen muss uns ein selbstbestimmtes, freies, nach Glück und Bildung strebendes Leben ermöglichen. Sobald sich Regierungen wieder darauf beschränken, wird sich vieles von selbst regeln: Wir werden wieder in dynamischer Diskussion unsere zwischenmenschlichen Beziehungen organisieren können, so wie wir es für richtig und angemessen betrachten.

Oliver Schindler, Erzieher und bei Querdenken: Kinder werden schon so früh an den Konsum herangeführt und mit Geschenken überhäuft. Sie öffnen das Päckchen, bekommen einen Adrenalinstoß, verlieren schnell wieder das Interesse und gieren nach dem nächsten. Das wird zum Suchtverhalten. Wir müssen aufhören, so unzufriedene Menschen zu schaffen. Lassen wir Kinder *Kinder sein*. Wenn wir mehr Zeit mit unseren Kindern und anderen Menschen verbringen, können ehrliche, tiefe Beziehungen entstehen und wir brauchen diesen Ausgleich durch Konsum nicht mehr. Ich wünsche mir kleinere Einheiten, wo enge Beziehungen möglich sind und den Menschen wieder wichtig ist, was in der Stadt passiert. Wir müssen friedlich und respektvoll kommunizieren. Und unsere Aufmerksamkeit auf den Augenblick richten. Die zentrale Frage muss sein: Wie wollen wir miteinander umgehen?

Dietmar Lucas, Psychologe und bei Querdenken 30: Wir müssen unsere eigene innere Abspaltung auflösen, so wird auch die Spaltung zwischen den Menschen kleiner und das Herrschen gelingt nicht mehr. Zwei Punkte: Erstens, wir haben ein Geburtsrecht auf die Erfüllung elementarer Grundbedürfnisse. Dazu gehören auch soziale Bedürfnisse wie Körperkontakt, Anerkennung und Wertschätzung. Zweitens ist es wichtig, unsere eigenen Grenzen zu erkennen, zu entdecken und offen sagen zu können, wenn uns etwas zu viel ist. So angenommen zu werden, wie wir sind, und dann Beistand zu bekommen – das ist echte Solidarität. Wir können uns auch in der Stadt unsere eigenen kleinen Wahlfamilien suchen, in denen wir Wertschätzung finden. Menschen, mit denen wir tanzen, singen, lachen, uns sicher fühlen und im Augenblick leben. Durch dieses menschliche Miteinander gelingt uns eine bessere Zukunft.

Ronnie To Midnight, Studentin der Sozial- und Kulturanthropologie: Wir wollen diesen Wahnsinn beenden, uns ausdrücken, vernetzen und einfach Mensch sein. Wir brauchen echte Nähe, ein selbstbestimmtes Leben, weg von kapitalistischen Strukturen. Wir wollen eine Demokratie, die es zulässt, dass die BürgerInnen sich einbringen und wissen, dass sie die Verantwortung dafür haben, wie die Zukunft sein soll. Ich sehe in dieser Krise ein großes Potenzial, etwas Neues entsteht, und das Menschenbild verändert sich hin zu den wunderbaren beseelten, geistigen und sozialen Wesen, die wir sind. Wir stehen endlich wieder für unsere Recht ein, über die Frage »wie wir leben wollen« selbst zu entscheiden.

Die Gesapräche führte
Sophia-Maria Antonulas

EINE FRAGE DER CHRISTLICHKEIT

Wie gehen christliche Schulen mit der Coronapanik um? Wie sind Nächstenliebe und Abstandsgebot vereinbar? ANTWORT UND APPELL *von Casey Koneth*

Um es gleich vorweg zu sagen: Ich bin nicht gläubig. Ich strebe jedoch danach, christlich zu handeln und bin ein bekennender Fan der Bibel. Ich halte christliche Werte wie Nächstenliebe und Barmherzigkeit für zutiefst menschliche Ideale, nach denen zu streben es sich in unserem irdischen Miteinander lohnt – und zwar ganz unabhängig davon, ob man selbst gläubig ist oder nicht. Und ich frage mich, was Jesus wohl dazu sagen würde, wie sich heutzutage einige seiner offiziellen Vertreter im Namen der Christlichkeit – also in seinem Namen – ihren Mitmenschen gegenüber verhalten. Dazu folgendes Beispiel.

Die 15-jährige Elisa (Name wurde von der Red. geändert) besucht die 10. Klasse einer katholischen Schule in Berlin. Seit April dieses Jahres ist sie durch ein Attest ihrer Hausärztin von der Maskenpflicht befreit. Die Schulleitung akzeptiert das Attest zunächst. Doch am 1. September ruft die Berliner Senatsverwaltung die Schulen dazu auf, sämtliche Atteste, die SchülerInnen von der Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung (MNB) befreien, zu prüfen. In Zweifelsfällen sollen sie das Gesundheitsamt hinzuziehen. Was nun folgt, erinnert an die Inquisition, eines der dunkelsten Kapitel in der Geschichte der katholischen Kirche.

Die Schulleitung kopiert (eigenmächtig) Elisas Attest und schickt es zur Prüfung ans Gesundheitsamt. Das Gesundheitsamt verlangt ein Attest mit Diagnose. Die Schulleitung verbietet Elisa ab sofort und unter Androhung von Polizei, das Schulgebäude ohne MNB zu betreten, so lange kein entsprechendes Attest mit Diagnose vorliegt. Obendrein trägt sie ihr die aus dem Schulverbot resultierenden Fehlstunden ein. Damit gilt Elisa offiziell als Schulschwänzerin, die der Schulpflicht nicht nachkommt - obwohl es die Schulleitung selbst ist, die ihr den Zutritt zur Schule verwehrt. Elisa reicht ein Attest mit Diagnose ein. Die Schulleitung lehnt es ab, da es von derselben Ärztin ausgestellt wurde wie das bisherige Attest, auf dem noch keine Diagnose stand. Das ergibt keinen Sinn, aber Elisa möchte wieder zur Schule und wechselt noch am selben Tag die Hausärztin. Elisa reicht ihr inzwischen 3. Attest ein, diesmal mit Diagnose von der anderen Ärztin. Die Schulleitung lehnt es ab und verlangt nun ein Attest, das vom Gesundheitsamts ausgestellt wurde.

ATTEST SOLL DIAGNOSE BEWEISEN ERZBISTUM BERLIN ZEIGT SICH GNÄDIG

Elisas Eltern wenden sich in ihrer Not an weltliche Instanzen und schalten einen Anwalt ein: Ein Eilantrag vor dem Verwaltungsgericht Berlin (VG) soll klären, ob Elisa wieder zur Schule darf. Das VG verweist sie an das Amtsgericht, da die katholische Schule einem privaten Träger unterstellt ist. Nämlich: dem Erzbistum Berlin. Währenddessen verlangt das Gesundheitsamt ein weiteres Attest: Diesmal soll es eine ausführliche Erläuterung enthalten, worin die konkrete gesundheitliche Beeinträchtigung besteht. Auch das Amtsgericht verlangt ein solches Attest, um die Diagnose zu prüfen. Elisa reicht ein neues Attest ein, auf dem der Befund ausführlich erläutert wird. Das Gericht leitet das Attest an den freien Träger der Schule weiter - und das Erzbistum Berlin zeigt sich schließlich gnädig: Es erkennt Elisas Befreiung von der Maskenpflicht an und gewährt ihr nach nunmehr vier Wochen endlich wieder den Zugang zur Schule.

Und das sieht an der katholischen Schule - also ausgerechnet an einer Schule, die sich die christlichen Werte sozusagen in Versalien an die Tafel geschrieben hat - konkret so aus: Hinten im Klassenraum wurde Elisa ein abgetrennter Bereich zugewiesen, der mit rot-weißem Band auf dem Boden markiert ist (Foto unten). Die 15-jährige darf den Klassenraum erst nach dem zweiten Klingeln als Letzte betreten. Bis dahin hat sie sich isoliert auf dem Gang zwischen eigens dafür aufgestellten Spinden aufzuhalten. Während des Unterrichts muss sie als Einzige in der Kälte vor einem permanent geöffneten Fenster sitzen, während die anderen Fenster geschlossen sind. In den Pausen muss sie allein im Klassenraum bleiben, während die anderen SchülerInnen auf dem Hof sind. Beim Wechsel von Fachräumen muss sie einen separaten, ihr zugewiesenen Weg nehmen und darf von niemandem begleitet werden. Sollte sie oder ein(e) MitschülerIn dagegen verstoßen, droht die Schulleitung mit Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen bis hin zum Schulverweis. Resultat: Ihre MitschülerInnen sprechen nicht mehr mit Elisa. Sie schauen sie nicht mal mehr an. Ausgrenzung pur. Seelische Folter. Ist das christlich?

Auf Nachfrage der Redaktion beim Träger der Schule, wie sich diese soziale Ausgrenzung innerhalb des Schulalltags mit den christlichen Werten vereinbaren lässt, antwortet das Erzbistum Berlin: »In unserem pädagogischen und organisatorischen Handeln gehen wir vom christlichen Menschenbild aus. Die Schulgemeinschaft ist ein hohes Gut an unseren Schulen, wir wollen es nicht gefährden. Wenn jemand – als Vorsichtsmaßnahme – an einen bestimmten Platz gesetzt wird und besonders dazu angehalten wird, Abstand zu wahren, so hat dies nichts mit einer sozialen Ausgrenzung zu tun.«

GESUNDHEITSGEFAHR STATT MENSCH

Ach nein? Elisa wird an ihrer Schule offenbar kaum noch als Mensch, sondern nur noch als Gesundheitsgefahr wahrgenommen. Im Volksmund würde man sagen: Sie wird wie eine Aussätzige behandelt. Doch selbst Aussätzige sind kein Grund, die Christlichkeit auf OFF zu schalten. Werfen wir doch mal einen Blick in die Bibel, um zu schauen, wie sich der Christ persönlich gegenüber Menschen verhielt, die aufgrund einer ansteckenden Krankheit eine Gefahr für die Gemeinschaft darstellten. Im Lukas-Evangelium wendet sich Jesus aus sicherer Entfernung – sozusagen unter Einhaltung des Mindestabstands - einer ganzen Gruppe von Aussätzigen zu, statt sie zu ignorieren: »Als er in ein Dorf hineingehen wollte, kamen ihm zehn Aussätzige entgegen. Sie blieben in der Ferne stehen und riefen: Jesus, Meister, hab Erbarmen mit uns! Als er sie sah, sagte er zu ihnen: Geht, zeigt euch den Priestern! Und es geschah, während sie hingingen, wurden sie rein.« (Lukas 17) Im Markus-Evangelium geht Jesus noch einen Schritt weiter und erbarmt sich sogar dazu,einen Infektiösen zu berühren: »Ein Aussätziger kam zu Jesus und bat ihn um Hilfe; er fiel vor ihm auf die Knie und sagte: Wenn du willst, kannst du mich rein machen. Jesus hatte Mitleid mit ihm; er streckte die Hand aus, berührte ihn und sagte: Ich will – werde rein! Sogleich verschwand der Aussatz und der Mann war rein.« (Markus 1) Die christliche Botschaft scheint eindeutig: Selbst Menschen, die eine potentielle Ansteckungsgefahr darstellen, haben unser Mitgefühl und unsere Zuwendung verdient, statt sie kaltherzig zu ignorieren oder gar auszugrenzen.

WO SIND DIE CHRISTLICH-SOZIALEN WERTE GEBLIEBEN?

Dass das »christliche Menschenbild«, auf das sich das Erzbistum Berlin in seiner Stellungnahme beruft, durchaus einem gewissen Interpretationsspielraum unterliegt, zeigt das Jesuitenkolleg St. Blasien in Baden-Württemberg, eine der renommiertesten katholischen Schulen Deutschlands. Hier sind drei von rund 800 SchülerInnen von der Maskenpflicht befreit. Im Gegensatz zu seinem Berliner Kollegen sieht Schulrektor Pater Rieder keinen Anlass, die Maskenbefreiung durch etliche Instanzen noch einmal doppelt und dreifach prüfen zu lassen: »Wenn ein Attest vorliegt, liegt ein Attest vor. Punkt.« Auch er steht vor der Herausforderung, die Angst der SchülerInnen und LehrerInnen vor dem Virus mit den christlichen Werten der Nächstenliebe in Einklang zu bringen. Eine soziale Ausgrenzung der SchülerInnen, die von der Maskenpflicht ausgenommen sind, ist für den Jesuiten jedoch keine Option: »Die Schüler werden nicht separat behandelt. Wir weisen keine separaten Bereiche aus.«

Ich hoffe darauf, dass wir uns – gerade jetzt, da unsere Gesellschaft durch einen Glaubenskrieg namens »Corona-Gefahr« gespalten ist - wieder auf die christlichen Werte besinnen und unsere Mitmenschen nicht ausgrenzen, sondern sie umarmen. Und zwar ganz egal, ob sie eine Maske tragen oder nicht. In diesem Sinne wünsche ich allen ein gesegnetes Weihnachtsfest, ganz besonders Elisa.



»Lasset die Kinder zu mir kommen«? Umgang mit einer »Aussätzigen« an einer christlichen Schule 2020. *Foto: DW/cko*

»Menschen verkümmern vor Einsamkeit zu Tode«

***Der Pfarrer und Seelsorger Thomas Dietz** aus der Uckermark verfasste während des ersten Corona-Lockdowns einen Offenen Brief an Dietmar Woidke (SPD), den Ministerpräsidenten von Brandenburg, in dem er auf die Folgen der Regierungsmaßnahmen hinwies. Auf eine Antwort wartet er bis heute. Auszüge aus einem* INTERVIEW.

Sie sagen, »die Menschen verkümmern vor Einsamkeit zu Tode, also müssen wir etwas tun«?
Pfarrer Dietz: Das ist richtig. Ich habe gleich am Anfang des ersten Lockdowns drei Beerdigungen gehabt von alten Leuten, die vor Einsamkeit zu Tode verkümmert sind. Darunter ein älterer Herr, der über 90 war und seine demente Ehefrau im Pflegeheim nicht mehr besuchen durfte. Er ist wirklich zu Tode verkümmert. Ich habe am Gründonnerstag mit ihm telefoniert, da hat er bitterlich geweint am Telefon und gesagt: »Ich habe mich mein Leben lang noch nie so unglücklich gefühlt wie jetzt.« Er ist in der Woche nach Ostern verstorben. Ich habe in meinem Bereich niemanden, der an oder mit Corona verstorben ist. Aber ich habe Leute, die in Folge der Maßnahmen verstorben sind.

Sie haben schon während des ersten Lockdowns beschlossen aufzustehen, haben die Webseite »Christen stehen auf« gegründet und waren auch auf der Demonstration in Berlin. Die Reaktionen auf Ihr Engagement waren aber nicht nur positiv.
Pfarrer Dietz: Der Anlass war, dass ich von Anfang an ein ungutes Gefühl hatte und aus eigenem Erleben dachte ich: Wenn das Heilmittel mehr Schaden verursacht als die Krankheit, dann müssen wir es hinterfragen und darauf aufmerksam machen. Das ist dann der Punkt, wo du ein Demonstrationsangebot annehmen musst. Die große Demonstration im August und die Menschen dort waren eine durchweg positive Erfahrung. Aber das traf nicht gerade auf großes Wohlwollen von kirchlichen Amtspersonen.

Aus »Solidarität« sollen wir die Maske aufsetzen, Abstand halten, Kontakte einschränken. Wie sehen Sie dieses Verständnis von Solidarität?
Pfarrer Dietz: Ich würde sagen, dass dieser Solidaritätsgedanke von der Angst geschürt ist und einen Tunnelblick hat. Zur Solidarität gehört eben auch, dass ich anderen Menschen Nähe zeige und auch Nähe praktiziere. Das halte ich für ganz wichtig. Zur Solidarität gehört auch, dass ich sehe, wie Existenzen unter den Maßnahmen leiden.

Was ist Ihr Appell an die Gesellschaft?
Pfarrer Dietz: Ein breiter, offener Austausch, der gerade überhaupt nicht stattfindet. Wenn wir als demokratische Gesellschaft bestehen wollen, brauchen wir dringend eine öffentliche, sachliche Debatte.

Die Fragen stellte Camilla Hildebrandt. Vollständiges Interview mit Pfarrer Thomas Dietz kann man hier nachhören: soundcloud.com/camilla-hildebrandt

DEUTSCHER MITTELSTAND...

...MIT VOLLGAS AN DIE WAND | VON HERMANN PLOPPA

Wir wissen nicht, welche Droge Frau Merkel und ihre Mitstreiter sich genehmigt haben, bevor sie der Öffentlichkeit einen erneuten harten *Lockdown* verordneten.

Dieser Zeitung war das Schicksal des deutschen Mittelstands immer eine Herzensangelegenheit. Und wir stellen fest: Jetzt zum Jahreswechsel sollte eigentlich der Weihnachtsfrieden einkehren. Zudem ist die Vorweihnachtszeit besonders wichtig für den Einzelhandel. Gerade jetzt die Geschäfte zu schließen, kommt einer kalten Erwürgung dieser Branche gleich. Was aber als extreme Dummheit der Politik daherkommt, ist in Wirklichkeit eiskaltes Kalkül.

Betrachten wir einmal die nüchternen Zahlen. Kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) werden im Jahre 2020 einen Umsatzrückgang um zehn Prozent hinnehmen müssen – das bedeutet ein Minus von 545 Milliarden Euro. Laut Umfrage der Kreditbank für Wiederaufbau (KfW) haben diese Betriebe 2020 bereits über eine Million Arbeitsplätze abgebaut. Weniger als die Hälfte aller KMUs wollen in nächster Zeit investieren und jedes fünfte Unternehmen sichert sein Überleben schon jetzt nur durch Erspartes.

Jedes zehnte KMU rechnet mit seinem Bankrott in der nahen Zukunft. Im europäischen Ausland sieht es für den Mittelstand noch viel düsterer aus – was selbstverständlich bei der fortschreitenden Globalisierung als Brandbeschleuniger in der deutschen mittelständischen Wirtschaft wieder ankommen wird. Natürlich spielt sich die Bundesregierung immer wieder als Freund und Helfer der mittelständischen Wirtschaft auf. Da soll es Soforthilfen *en masse* regnen. Nehmen wir nur einmal die jetzt vollmundig verkündete Novemberhilfe: die KMUs können 75 Prozent des Vorjahresgewinns als Ausgleichszahlung für die Zwangsschließungen beantragen. Es ist aber immer wieder dieselbe Erfahrung, die wir schon vom Umgang mit dem Finanzamt kennen: die Antragstellung ist in sich schon so kompliziert und nutzerfeindlich, dass man entnervt aufgibt. So haben laut Umfrage des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft 78 Prozent der Antragsberechtigten bislang noch gar keine Hilfszahlungen beantragt. Die Anträge sind schlicht zu bürokratisch und viel zu kompliziert. Einfach abschreckend. Ob das wohl Zufall ist?



Hunderttausende der Demokratiebewegung in Leipzig am 9. November 2020. Foto: H. Henkelmann

Die Interessenvertretung des gewerblichen Mittelstands lässt bislang die erforderlichen Reißzähne für eine erfolgreiche Abwehr der Angriffe der konzernhörigen Bundesregierung vermissen. Der frühere Mittelstandsfunktionär Mario Ohoven hatte das notwendige politische *Standing*, um seine Klientel angemessen zu vertreten. Leider ist Ohoven gerade jetzt mit dem Auto tödlich verunglückt (DW berichtete). Anstatt die von Ohoven angekündigte Verfassungsklage gegen den *Lockdown* weiterzuverfolgen, ist jetzt von den hinterbliebenen Mittelstandspolitikern nur weißes Rauschen zu vernehmen. Die Mittelständler haben nichts mehr zu verlieren. Sie können nur gewinnen, indem sie in die Offensive gehen. Damit mittelständische Unternehmen, wie Ohoven-Nachfolger Markus Jerger richtig beobachtet hat, »aufgrund der Corona-Maßnahmen nicht zu einfachen Übernahmekandidaten für ausländische Investoren werden.«

Zentralbank und Blackrock in US-Kabinett

FED UND ULTRA-KONZERN GEBEN BEI BIDEN DEN TON AN

Noch-US-Präsident Donald Trump hat jetzt wohl endgültig fertig. Die letzten Eilanträge gegen die fragwürdigen Wahlergebnisse beim höchsten Gericht, dem *Supreme Court*, sind abgeschmettert worden. (Eine weitere Klage ist vor Redaktionsschluss eingereicht worden; Gegenstandpunkt auf Seite 14 dieser DW-Ausgabe; Red.).

Die zukünftige Regierung um Joe Biden und dessen voraussichtlicher Nachfolgerin Kamala Harris gewinnt Kontur. *Insider* sind allerdings wenig überrascht, im Biden-Team ungewöhnlich viele Leute zu erblicken, die von der privaten Vermögensverwaltungsfirma Blackrock sowie von der Zentralbank kommen. Neue Finanzministerin soll nämlich die frühere Zentralbankpräsidentin Janet Yellen werden. Ihr zur Seite steht dann als Vize-Finanzminister der gebürtige Nigerianer Adewale (»Wally«) Adeyemo. Der führt jetzt noch das Büro des allmächtigen Blackrock-Chefs Lawrence (»Larry«) Fink. Davor war Adeyemo bereits Wirtschaftsberater von Präsident Obama und führte dessen Verhandlungen beim Transpazifischen Freihandelsabkommen.

Eine ganze Reihe von Obama-Wirtschaftsberatern überwinterte in den vier Trump-Jahren im Vorstand von Blackrock. Obamas Nationaler Sicherheitsberater Thomas Donilon zum Beispiel ist jetzt Chef des Investment-Instituts von Blackrock. Bidens Angebot, neuer CIA-Chef zu werden, schlug Donilon allerdings aus. Obamas früherer nationaler Wirtschaftsberater Brian Deese jedoch wird Biden als Direktor des Nationalen Wirtschaftsrats zur Seite stehen. Dafür gibt Deese seinen Job als weltweit agierender Berater von Blackrock in Fragen nachhaltigen Wirtschaftens auf. Blackrock regiert mit im Weißen Haus und in den Schlüsselministerien.

Es besteht mittlerweile eine fast nicht mehr aufzulösende symbiotische Verbindung zwischen der US-Regierung, der Zentralbank *Federal Reserve* (kurz: »Fed«) und dem Giganten Blackrock.

Der Grund: Früher hatte der Staat genug Gelder zur Verfügung, um eine lahm gewordene Wirtschaft mit Geldspritzen wieder in Gang zu bringen. Durch die exzessive Staatsverschuldung der Reagan-Regierung war staatliche Konjunkturpolitik unmöglich geworden. Präsident Clinton gelang es, den Staat wieder schuldenfrei zu machen. Doch die Bush-Regierung mit ihren dauernden Kriegen warf das Staatsgeld erneut zum Fenster hinaus. Blieb nur die Zentralbank als Konjunkturlenker. Die konnte mit Zinssenkungen die US-Wirtschaft immer wieder anschieben. Doch der Zinssatz ist jetzt bei null angekommen. Weniger geht nicht mehr.

Als nun im Frühjahr der Kongress in Washington die Corona-gelähmte Wirtschaft mit einem Anschubpaket von zwei Billionen Dollar notbeatmen wollte, mussten Massen frischen Gelder gedruckt werden. Das Pulver der Regierung war damit verschossen. Jetzt muss die Fed das tun, was früher die Regierung gemacht hat, wie *Bloomberg-News* berichtet: Die Zentralbank »bot direkte Hilfen für Unternehmen und mischte sich damit in Bereiche ein, die bislang Sache der Regierung oder der Fiskalpolitik waren.« Dazu braucht die Fed allerdings einen starken Partner aus der Privatwirtschaft. Da bietet sich Blackrock ganz selbstlos an.

Nun muss man wissen, dass in den USA riesige Bereiche, die in Deutschland (noch) in öffentlichem Besitz sind, in den USA längst privatisiert sind und ganz ungeniert an der Börse gehandelt werden. Zum Beispiel die Renten- und Gesundheitskassen, die in Deutschland immer noch zu achtzig Prozent im Gemeinbesitz der Bürger sind. In den USA sind diese Instrumente der Daseinsvorsorge längst degradiert zu Objekten privater Vermögensspekulation, gestreut und wieder gebündelt vornehmlich in Investmentfonds, den *Exchange Traded Funds* (ETF). Und die Firma Blackrock verwaltet das Vermögen seidener und halbseidener Kunden, um daraus noch mehr Vermögen zu machen – bislang annähernd acht Billionen Dollar. Und über seine Vermögensverwaltungssoftware Aladdin überwacht Blackrock etwa zwanzig Billionen Dollar Vermögen weltweit. Das ist ein unglaublicher Wissensvorsprung gegenüber allen nationalen Regierungen und Zentralbanken.

In dem Dreigestirn: US-Bundesregierung, US-Zentralbank und Blackrock ist letzterer Spieler der einzige Akteur, der überhaupt noch handlungsfähig ist. Die einzige Instanz, die noch munter Gewinne einfährt: Für die Beratung der Fed kassiert Blackrock jedes Jahr 48 Millionen Dollar, und verzeichnet einen Jahresgewinn von 4,5 Milliarden Dollar. Macht sich hier jemand Gedanken über mögliche Interessenkonflikte? Anscheinend nicht. Dabei berät Blackrock die Zentralbank und hat obendrein alle Schlüsselpositionen in der US-Regierung inne, die ihre Interessen betreffen. Blackrock positioniert ihre ETF-Pakete an der Börse. Blackrock hat Insiderwissen über zukünftige Entscheidungen der Regierung. Schließlich hat sie ja diese Entscheidungen maßgeblich beeinflusst, um das Mindeste zu sagen.

Längst sind US-Regierung und Zentralbank nur noch die lahmen Anhängsel von Blackrock.

Und dann schaue man sich durch diese Brille die amtliche Corona-Politik an. Kein Wunder ist es von daher, wenn Blackrock-Chef Larry Fink seinen Kunden bereits im Frühjahr 2020 für die Nach-Corona-Welt »enorme Investitionsmöglichkeiten« versprochen hat. (hp)

DAS ZEITUNGSWUNDER 2020 ist die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand mit teils über 560.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage 2020 von über 11 Millionen in 31 Ausgaben seit 17. April. Dank allen Beteiligten!

Porträt: Hermann Ploppa, Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

Rechts? Links? Vorn!

EINE BESCHLEUNIGUNG
von Jürgen Elsässer

Mir ist das, was Anselm Lenz 2020 passiert ist, schon vor mehr als zehn Jahren widerfahren: Ich wurde aus der Linken – *»Junge Welt«, »Neues Deutschland«, »Freitag«* – exkommuniziert, wegen angeblicher »Rechtsabweichung«.

Ich habe dann mit Freunden *COMPACT* gegründet, und unsere Devise war von Anfang an: Nicht links, nicht rechts, sondern vorn – oppositionell! Seit unserer ersten Ausgabe 2010 haben wir versucht, unsere publizistische Feuerkraft zur Unterstützung von Stimmungen und Bewegungen einzusetzen, die das Regime kippen wollten. In den ersten Jahren über die Aufdeckung von Verschwörungen (»Die neue NS-Diktatur ist die NSA-Diktatur«) verbunden mit einer Querfront-Konzeption; ab 2015 in Tuchfühlung mit der AfD gegen die Islamisierung; schließlich die Enttäuschung durch die AfD-Anpasserei und 2020 die Hoffnung auf die Querdenker, die die Links-Rechts-Gesäßgeographie des 19. und 20. Jahrhunderts hinter sich lassen. Meine leidvollen Erfahrungen mit der Linken und der AfD haben mich in einer Sache bestärkt: Parteien sind niemals das Subjekt der Veränderung. Eine Partei, und sei es die beste, kann immer nur der Türöffner für das Volk sein. Deshalb ist für mich das, was jetzt als Widerstand gegen die Corona-Diktatur auf der Straße ist, ein großes Hoffnungszeichen.

Manche bezeichnen mich als Rechten, weil ich Patriot bin. Dabei ist das großer Quatsch: Die Linken waren, als sie noch nicht vom System gekauft waren, immer Patrioten. *»Patria o muerte«*, Vaterland oder Tod, war die Parole von Fidel Castro und Hugo Chavez. Und Willy Brandt fuhr 1972 den größten Wahlerfolg *ever* für die SPD – über 45 Prozent – mit dem Slogan ein: »Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land.« Jedenfalls: Nur der Nationalstaat kann die erkämpften sozialen Standards gegen die Globalisten verteidigen – und nur ein selbstbewusster Nationalstaat wie Schweden oder Weißrussland konnte gegen Bill Gates und die WHO die Maskenfreiheit und den Verzicht auf einen *Lockdown* verteidigen. Aber ich habe in den letzten Monaten auch erkannt: Der Angriff, der mit der inszenierten Pandemie von den Eliten gefahren wird, geht nicht nur gegen die Nationen, sondern gegen unsere Gattung als solche. Unser Menschsein steht auf dem Spiel – *Big Pharma* und die Transhumanisten wollen uns alle, egal welcher Hautfarbe oder Religion, zu Versuchskaninchen machen. Wer die Verteidigung dagegen aufnimmt, ist ein Held, selbst wenn er vorher ein Sozi oder ein Grüner war. Wir alle verändern uns in diesem Überlebenskampf – auch ich.

Der Publizist Jürgen Elsässer weist auf »10 Jahre COMPACT – die Festschrift zum Jubiläum« hin.
Anmerkung Red.: Der DW legt Wert auf Überparteilichkeit und lehnt zugleich Unberührbarkeitsimperative ab.

FREIHEIT UND GERECHTIGKEIT

GEMEINSAM GEGEN DIE FOLGEN DES AUSNAHMEZUSTANDS | VON HANNES HOFBAUER

Wir wollen uns der Klassenzusammensetzung einer Gesellschaft mitten im Corona-Wahn widmen. Oder nennen wir es lieber etwas weniger polit-martialisch *der sozialen Struktur*, die an vielen Stellen aufbricht und sich neu ordnet. In den unterschiedlichen Betroffenheiten und Reaktionen gegenüber den staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung eines Virus wird diese Neuordnung deutlich.

Der Ausnahmezustand, in dem wir seit bald einem Jahr zu leben gezwungen werden, scheidet nicht nur die Geister, sondern weist zugleich auf neue soziale Brüche hin, die eine Zeitenwende mit sich bringt. Im anstehenden kybernetischen Zeitalter erweitert sich das Verhältnis von Kapital und Arbeit um zusätzliche ausbeutbare menschliche Fähigkeiten und Erfahrungen, vor allem aber um die Ausbeutung des menschlichen Körpers als solchem; damit wird die Klassenzusammensetzung des Industriezeitalters, die die Menschen (in den Zentralräumen) seit mehr als 200 Jahren sozial schichtet, historisch. Neue Leitsektoren schaffen neue Ausbeutungsstrukturen.

Der enorme Zulauf zu den sogenannten Hygienedemonstrationen weist auf die tiefe Unzufriedenheit mit dem Corona-Management, ja die Verzweiflung Hunderttausender hin, die man aufgrund fehlender Terminologie Menschen aus der Mitte der Gesellschaft nennt. Dienstleister aller Art, Eigentümer von kleineren und mittleren Gewerbebetrieben, Kulturschaffende, aber auch arbeitslos gewordene Angestellte und ArbeiterInnen haben die Straße als Aktionsraum entdeckt, nachdem ihnen die Regierungen ihre wirtschaftlichen und sozialen Überlebensräume extrem eingeschränkt oder gar abgeschnitten hat.

Die massive staatliche Repression gegen die DemonstrantInnen und die beginnende Zensurwelle gegen Medien, die ihnen wohl gesonnen sind, zeigen, dass der Staat den gefährlichen Charakter dieser Bewegung erkennt; und zwar sowohl als Hindernis bei der Durchsetzung seines (autoritären) Charakters als auch als Gefahr für das noch ausführlicher zu besprechende kybernetische Akkumulationsmodell, dem damit zum Durchbruch verholfen werden soll. Widerstand dagegen soll im Ansatz zerschlagen werden.

Die Befürworter des Ausnahmezustandes argumentieren mit der durch die Verbreitung des Virus gefährdeten Volksgesundheit. Maßnahmen wie *Lockdown* – hart oder weich –, Grenz-, Geschäfts- und Schulschließungen seien alternativlos. Die Gefährlichkeit von Sars-CoV-2 ist unbenommen, eine Leugnung wäre töricht. Doch wo um alles in der Welt nimmt der geschulte Beobachter jahrzehntelanger Staatsagenden in kapitalistischen Gesellschaften die Vermutung, ja – schlimmer noch – die Gewissheit her, dass Regierungen wie jene der CDU/CSU-SPD in Deutschland oder die von ÖVP und Grünen in Österreich für die Gesundheit der Bevölkerung ein ganzes gesellschaftliches System blockieren? Das Gegenteil war geübte Praxis geworden. Durch Maastricht-Kriterien und IWF-Empfehlungen wurden Sozial- und Gesundheitssysteme nicht nur in Italien und Spanien kaputtgespart.

»Kampfbomber für Frieden und nationale Selbstbestimmung«, das redeten uns die Nato-Strategen ein, als das Bündnis 1999 zum Angriff auf Jugoslawien (1999) blies. »Einmarsch für Frauenrechte« hieß es, als 2001 Afghanistan besetzt wurde. Viele haben dies nicht geglaubt – und andere Interessen dahinter vermutet. Interessen des militärindustriellen Komplexes, geopolitische Interessen …

»Ausgangssperre für die Gesundheit« heißt die Devise des Jahres 2020. Um sich anzusehen, welche ökonomische und politische Rationalität dahintersteht, welche Existenzen damit zerstört und welche im Gegenteil staatlich massiv *gepusht* werden, bedarf es einer Einschätzung der Zeitenwende, in der wir uns bereits seit längerem befinden und die durch die Corona-Maßnahmen extrem beschleunigt wird.

DAS KYBERNETISCHE AKKUMULATIONSMODELL

Spätestens die Weltwirtschaftskrise 2008 hat – wieder einmal – die strukturelle Schwachstelle der kapitalistischen Produktionsweise offengelegt. Absatzschwierigkeiten überproduzierter Waren drängen Kapital vermehrt in die spekulative Sphäre, wo es sich höhere Profitmargen erwartet. Dortige Blasenbildungen platzen, Kapital wird in hohem Ausmaß vernichtet und sucht Auswege aus dieser, dem System immanenten Verwertungskrise. Man spricht in diesem Zusammenhang vom Aufbau eines neuen Akkumulationszyklus, der auch neue Leitsektoren braucht. Die alte Industrie wirft keine entsprechende Rendite mehr ab, die Märkte für ihre Produkte sind »verstopft«.

Üblicherweise bedarf es für solche neuen Akkumulationszyklen einer gehörigen Markterweiterung. Das ist auch diesmal der Fall, und zwar in einem Ausmaß, das die Bezeichnung Zeitenwende verdient. Denn nicht die territoriale Markterweiterung lässt das Kapital auf einen neuen Höhenflug hoffen, sondern Erweiterungen in bis dato nicht vom Kapital durchdrungene Bereiche. In gewisser Weise war dies schon beim Vormarsch privater Investoren in die Daseinsvorsorge der Fall. Von Pensionsversicherungen bis zum Gesundheitswesen drangen Private in bis dahin über den Generationenvertrag gesellschaftlich und oder staatlich dominierte Sektoren vor.

Auch die Verwertung von menschlicher Erfahrung durch monopolartig agierende Datenkraken wie *Google* und *Facebook* ist dem kapital-immanenten Drang nach Eroberung neuer Märkte geschuldet. Seit den 1990er Jahren bündeln die *»Big Five«* auf Plattformen von uns allen »freiwillig« zur Verfügung gestellte Daten zur verkaufbaren Ware.

Der sogenannte Plattformkapitalismus verwandelt Erfahrungswissen, das bei jeder Bestellung, jedem Online-Kauf, jedem *Google*-Suchvorgang, jeder Videokonferenz anfällt, in Marktwissen. Zusätzlich kann diese kommodifizierte Erfahrung auch als Kontrollwissen missbraucht werden. Die »Corona-Zeit« treibt über staatlich verordnete Ausgehverbote, *Lockdowns*, Schul- und Geschäftsschließungen den Sektor der Datensammlung (und nebstbei den Versandhandel) in zuvor ungeahnte Höhen.

Doch mitten in der Corona-Pandemie geht es um viel mehr, um sehr viel mehr. Neue, krisenüberwindende Verwertung soll durch die totale Erschließung des menschlichen Körpers gelingen. Der Körper als gigantisches Investitionsfeld. Getrieben wird das Ganze von neuen Leitsektoren wie Biotechnologie, Pharmaindustrie und Kontrollunternehmen, deren technologische Umsetzung über Nanotechnik, Künstliche Intelligenz, Robotik, additive Fertigungen und kognitive Eingriffe vonstatten gehen. Eine seit längerem drittmittel-finanzierte, also von Konzerngeldern abhängige Wissenschaft bietet den entsprechenden Beistand.

Der menschliche Körper und die menschliche Erfahrung sind drauf und dran, vollständig kommodifiziert, zur Ware gemacht zu werden.

Selbststeuerung, Optimierung, genetische Modellierung und künstliche Immunisierung stellen einige der Eckpfeiler dieser kybernetischen Wende dar. Am Ende, so die unter dem Eindruck dieser Art von Markterweiterung stehenden Vordenker eines Transhumanismus, soll die Verschmelzung der menschlichen Physis mit der digitalen Welt stehen. Die Viruserkrankung dient dafür als ideales Einfallstor. Die Bekämpfung von Sars-CoV-2 ist das perfekte Instrument dafür.

Am Beispiel der künstlichen Immunisierung, die der Investor Bill Gates für »7 Milliarden« Menschen versprochen hat – passenderweise in der *ARD*-Hauptsendezeit am Ostersonntag 2020, dem Tag der Auferstehung Jesu Christi –, lässt sich zeigen, dass es dafür keinen Generalplan braucht, solange wirtschaftliche Interessen ihre Chance zum richtigen Zeitpunkt erkennen. Denn um Menschen künstlich zu immunisieren braucht es ein bereits geschwächtes Immunsystem. Diese Schwächung ist – gesellschaftlich gesehen – bereits seit längerem erkennbar.

Zwei Jahrhunderte industrielle Massenfertigung hat in vielen Teilen der Welt zu enormer Luft- und Lärmverschmutzung beigetragen, Feinstaub schädigt menschliche Organe seit Generationen. Nicht zufällig wird die Stadt, in der das Corona-Virus zum ersten Mal geortet wurde, Wuhan, »Hochofen

Am 29. und 30. August fand sich die Demokratiebewegung in Berlin ein. Zwei Millionen Menschen trafen sich zur Verfassungsgebenden Versammlung zur Stärkung des Grundgesetzes. Der Senat schickte die Prügeltruppe. Foto: Hannes Henkelmann (Bildband »Zwei Tage in Berlin«)

Chinas« genannt. Dazu kommt eine Arbeitswelt, deren Anforderungen an die Lohnabhängigen zunehmend Stress erzeugt, der wiederum das Immunsystem schwächt. Und die These, dass industrielle Massentierhaltung bei gleichzeitigem Zurückdrängen der Wildnis die Überwindung der Tier-Mensch-Schranke für Viren leichter macht und an viel mehr Orten als bisher ermöglicht, ist nicht von der Hand zu weisen. Das vermehrte Aufkommen gefährlicher viraler Infekte ist also eine Folge der Industriegesellschaft.

Der Profitklemme angesichts dieser Probleme mit einem post-industriellen, kybernetischen Wachstumsmodell zu begegnen, wird in Kapitalkreisen längst diskutiert und als Chance begriffen, aus der strukturellen Verwertungskrise herauszukommen. So meinte der Gründer des *World Economic Forum*, Klaus Schwab, schon im Jahr 2016, dass das »wesentliche Merkmal der vierten industriellen Revolution (die als kybernetische besser beschrieben wäre, d. A.) darin besteht, dass sie nicht die Art verändert, wie wir arbeiten, diesmal sind wir es, die verändert werden.« Der menschliche Körper und die menschliche Erfahrung als Investitionsfeld eben.

Die neuen Leitsektoren und der Staat gehen dabei Hand in Hand. Eine solche enge Allianz von Kapital und Staat ist nicht neu und historisch – seit den Zeiten des Merkantilismus – kennzeichnend für Zeiten, in denen Krisen im kapitalistischen Sinn überwunden werden sollen. Dazu kommt in unseren Tagen, dass mit der Wende vom Industrie- zum kybernetischen Zeitalter auch ein Wechsel des geopolitischen Hegemonialzyklus einhergeht; die bisherige US-geführte transatlantischen Zentralität wird durch die chinesisch-geführte pazifische abgelöst. Da ist es dann kein Zufall mehr, dass die in China vorgelebte Allianz von Kapital und Staat auch in unseren Breiten als unausgesprochenes Vorbild gilt.

WIDERSTAND GEGEN TOTALITÄRE BIO-TECH

Die autoritäre Corona-Politik hat einen Spalt in die Gesellschaft als Ganzes, aber insbesondere auch in die bürgerliche Klasse geschlagen, beziehungsweise hat ihn dort, wo er bereits bestanden hatte, vertieft.

Entlang der profitträchtigen Leitsektoren sind neue Möglichkeiten der menschlichen Ausbeutung entstanden. Nicht mehr die Arbeit alleine wird im Dienste des Kapitals vernutzt, sondern eben auch die Erfahrung; und zukünftig soll es vermehrt der menschliche Körper als solcher sein.

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass Menschen, die dies durch die gesetzten Maßnahmen bereits jetzt betrifft bzw. solche, die sich derlei markterweiternde Eingriffe nicht gefallen lassen wollen, revoltieren. Allein die Verschiebung vom Eigentümer-geführten Handel hin zum *Online*-Handel, der auf kommodifiziertem Erfahrungswissen aufbaut, bedroht die Existenz von Millionen. Dem steht auf der anderen Seite eine bis dahin in dieser Dimension nicht gekannte Monopolisierung ganzer Sektoren gegenüber, die auch in Milliardenbeträgen messbar ist. So verzeichnete beispielsweise *Amazon* im 3. Quartal 2020 ein Umsatzplus (im Vergleich mit dem 3. Quartal 2019) von 37 Prozent, mithin auf 96 Milliarden US-Dollar; für *Facebook* war es ein Plus von 22 Prozent (21 Mrd. US-Dollar) und für Alphabet, zu dem auch *Google* gehört, ein Plus von 14 Prozent (46 Mrd. US-Dollar).

Für jene, die den menschlichen Körper, insbesondere seine künstliche Immunisierung als Investition im Blick haben, zeigt der Statistikpfeil noch steiler nach oben. So verschaffte der Kurssprung der Aktie der Mainzer Biotech-Konzerns, der gerade dies und jenseits des Atlantiks hunderte von Millionen Impfdosen verkauft, einem seiner Hauptaktionäre, Ugur Sahin, einen Vermögenszuwachs auf 5,1 Milliarden US-Dollar und damit einen Platz in der Rangliste der 500 reichsten Männer der Welt.

Obszönen Vermögenszuwächse für einzelne stehen Existenzverluste von Millionen gegenüber. Dass der Widerstand dagegen insbesondere von den Verlierern dieses Akkumulationszyklus kommt, verwundert nicht. Er wird aber auch jene erfassen, die derzeit noch mit helikopterhaften Geldzuteilungen oder Kurzarbeitsmodellen ruhiggestellt werden, sobald die Frage ansteht, wie diese »Hilfe« bezahlt werden soll.

Während die »Corona«-Demonstrationen unter der Flagge der Freiheit stattfinden, ist von den bevorstehenden sozialen Kämpfen, die sich demnächst gegen Massenentlassungen und Sparpakete richten werden, zu erwarten, dass dort die Fahne der Gerechtigkeit hochgehalten wird. Die Freiheit, über unseren Körper und über unsere Erfahrung selbst bestimmen zu können, anstatt dabei zuzusehen, wie sie uns als Ware verkauft werden, ist eine Grundvoraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. Autoritärer Staat und Vermarktung des Menschlichen sind deren Gegenpole.

Gerechtigkeit wiederum ist das *Um und Auf* einer solidarischen Gemeinschaft. Wo systemrelevante Berufe wie Altenpflegerinnen und Supermarktkassiererinnen beklatscht statt ausreichend bezahlt werden und wo Pharma-Investoren wie Bill Gates oder Ugur Sahin ihre Vermögen mit staatlichen Jahresbudgets vergleichen können, herrscht eine Diktatur des Kapitals.

Ein gemeinsam getragener Widerstand gegen die Allianz von autoritärem Staat und den neuen kapitalistischen Leitsektoren ist notwendig. Er kann nur gelingen, wenn das Postulat der Freiheit mit dem Postulat der Gerechtigkeit verschränkt wird.

Hannes Hofbauer, dessen DW-Originalbeitrag hier vorliegt, hat kürzlich zusammen mit Stefan Kraft das Buch »Lockdown 2020. Wie ein Virus dazu benutzt wird, die Gesellschaft zu verändern« im Wiener Promedia-Verlag herausgebracht. DW veröffentlichte in drei Teilen einen exklusiven Vorabdruck.

So schlimm kanns nicht sein: Morgens halb zehn im Robert-Koch-Institut am 17.12.2020. Darten ohne Maske noch Abstand. DW-FOTOSERIE













Die Bilder wurden dem DW aus glaubwürdiger, persönlich bekannter erster Quelle zugespielt. (Red.)

WIE CHINA WERDEN? »WIR SCHAFFEN DAS!«

WARUM DER VERSUCH, CHINA NACHZUEIFERN, ZUM SCHEITERN VERURTEILT IST | VON HERMANN PLOPPA

Der Westen entwickelt zunehmend ein Minderwertigkeitsgefühl gegenüber der Volksrepublik China. Die Modernisierung des Staates und die Digitalisierung der Gesellschaft lässt die weisen Staatenlenker der angloamerikanischen Wertegemeinschaft vor Neid erblassen.

Schon recht früh in der Corona-Krise stellten amerikanische Strategen fest, dass die USA in der 5G-Technologie nicht mehr mit dem Reich der Mitte konkurrieren können. Deswegen engagierte der Gouverneur von New York Andrew Cuomo in diesem Frühjahr den ehemaligen Chefentwickler des Internet-Giganten *Google* Eric Schmidt, um den Ostküstenstaat nach chinesischem Vorbild umzuwandeln. Eine öffentliche Debatte, ob die New Yorker eine solche Umkrempelung von Behörden, Schulen und Krankenhäusern überhaupt wünschten, unterblieb. In guter postdemokratischer Manier trafen sich weise Männer hinter verschlossenen Türen und ließen nur Bruchstücke der Debatte in die Öffentlichkeit rieseln. Es besteht mittlerweile kaum noch begründeter Zweifel, dass im Rahmen des vom Weltwirtschaftsforums und dem Internationalen Währungsfond angestoßenen *Great-Reset*-Programms Elemente chinesischer Regierungskunst auf westliche Fassadendemokratien übertragen werden sollen. Oder sagen wir zutreffender: übergestülpt und aufgepfropft werden sollen.

KANN MAN EINEM APFELBAUM KIRSCHZWEIGE AUFPFROPFEN?

Auch unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bereits den Gedanken fallen lassen, dass das chinesische Modell uns in Bälde alt erscheinen lassen könnte. Darum sollen im Windschatten der Corona-Krise im *Instant*-Verfahren nach chinesischem Vorbild 5G-Netze möglichst dicht die deutsche Landschaft verschandeln und Bundesbürger verstrahlen. Deswegen sollen unsere Städte möglichst rasch in *Smart Cities* verwandelt werden – mit digitaler Totalüberwachung, mit roboterisiertem Lieferservice anstelle von Tante-Emma-Läden. Mit minutiöser Nachverfolgung aller unserer Kommunikationen.

Denn demokratische Wahlen brauchen wir dann nicht mehr – man weiß ja schon aus unseren digitalen Schmauchspuren, was wir wünschen und was wir verabscheuen. Kein Witz. Das ist Denkpapieren des Bundesinnenministeriums zu entnehmen. Und autistische Kinder oder hochbetagte Senioren kann man doch sicher auch wie in Japan von Robotern bespaßen lassen.

Die Duldungsstarre der coronierten deutschen Bevölkerung macht vieles möglich, was wir bis dato nicht einmal denken konnten.

Durchsetzen kann man das, wenn sich die Bevölkerung weiterhin so lethargisch verhält. Aber ist das auch nachhaltig zu betreiben? Funktioniert diese Zwangsdigitalisierung? Klappt die Übersetzung aus fassadendemokratisch in digitalautoritär?

Sicher. Vieles hat schon reibungslos funktioniert. Da haben doch so manche Mitmenschen gesagt: »Ich lasse mich nicht wegen so einem *Lockdown* einsperren!« Und ließen es dann doch mit sich machen.

»Nein! So eine blöde Maske werde ich nicht lange tragen!« »Nein! Einen PCR-Test werde ich mit mir nicht machen lassen!«

Und: kommt uns der PCR-Test nicht mittlerweile harmlos vor – verglichen mit einer genmanipulativen Spritze? Der Mensch gewöhnt sich an alles. Aber: kann man auf diese Weise ein hochkomplexes System wie die Bundesrepublik Deutschland mal eben so umprogrammieren?

Auf *Facebook* berichtete ein deutscher »Freund«, der viele Jahre schon in einer südchinesischen Stadt lebt und arbeitet, folgendes: Als er eines Nachts bei Rot über die Fußgängerampel läuft, erreicht ihn fünf Minuten später eine SMS: »Hier ist die Ordnungsbehörde von Guangzou. Sie haben soeben unerlaubt bei Rot die Straße überquert. Wir haben Ihnen soeben fünf Dollar Bußgeld von Ihrem Konto abgezogen.« *Smart City* in feinster Auflösung. Wollen wir das für Gelsenkirchen?

Dass Sie mich nicht falsch verstehen. Ich bin absolut kein Chinesen-Hasser. Ich plädiere dafür, dass wir mit den beiden Völkern Festlandchinas und Taiwans bessere und engere Beziehungen unterhalten als bisher. Aber bitte auf Augenhöhe. Wir haben eine ganz andere Tradition als die asiatischen Hochkulturen. Und die Tradition der Humboldt-Brüder und Goethe sollten wir selbstbewusst einbringen.

Ein deutscher Investmentbanker, der zwanzig Jahre in China gearbeitet hat, teilte mir folgende Beobachtung mit: In der Volksrepublik China hat man sechs Jahre gebraucht, um das Konzept der *Smart Cities* durchzusetzen. Und jetzt will die Bundesregierung uns diese Digitalisierung im Schockverfahren in wenigen Monaten aufdrücken. Das kann nicht funktionieren. Nicht nur wegen des zu erwartenden großen menschlichen Leides, das uns hier angetan wird. Sondern ganz einfach, weil man neue Kulturtechniken nicht im Hauruck-Verfahren einprogrammieren kann.

Das Modell China in Deutschland einzupauken funktioniert auch aus vielen anderen Gründen nicht:

- Da ist das Preis-Leistungsverhältnis. Die Chinesen haben unendliche Armut hinter sich gebracht. Sie waren dereinst schon zufrieden, wenn sie eine Schale Reis am Tag essen konnten – und bei der nächsten politischen Kampagne nicht an den Pranger gestellt wurden. Heute ist der Lebensstandard in China derart angestiegen, dass man als deutscher Tourist in Kambodscha schon die zweite Wahl ist gegenüber den chinesischen Touristen. Die Chinesen nehmen die Freiheitsberaubung gerne in Kauf für die spürbaren Verbesserungen der Lebensqualität im Alltag. Die Akzeptanz gegenüber der Regierung ist im chinesischen Wirtschaftswunder in etwa so groß wie in der frühen Bundesrepublik unter Kanzler Adenauer. In Deutschland habe ich das Wort »Vermögensbildung« der unteren Schichten indes schon seit Jahrzehnten nicht mehr gehört.
- Die Volksrepublik China besteht auf dem Primat der Politik über die Wirtschaft. Der chinesische Staat gestaltet proaktiv die Gesellschaft. Die chinesische Regierung dürfte augenblicklich die einzige Regierung der Welt sein, die in ihrem Programm eine spürbare Erhöhung der Löhne und Renten sowie einen Ausbau der Sozialsysteme vorsieht. Der deutsche Staat wird währenddessen von skrupellosen Interessengruppen bis zur Unkenntlichkeit zerfleddert.
- China ist meritokratisch. Das heißt: man muss das Privileg einer gehobenen Position durch Leistungen rechtfertigen, aller Korruptionsfälle zum Trotz. Immer wieder kommt es vor, dass Staatsbeamte oder kommunistische Funktionäre hart bestraft werden, weil sie öffentliches Vermögen veruntreut haben. In unseren Gefilden ist Unfähigkeit und die Veruntreuung öffentlicher Mittel eigentlich immer eine Empfehlung, auf der Karriereleiter weiter nach oben zu klettern. Sitzen etwa Thilo Sarrazin oder Hartmut Mehdorn im Zuchthaus? Was ist mit Christian Drosten und seiner Schweinegrippe?
- Nur ein Punkt zum Schluss (es gibt noch vieles zu sagen): Man hat im Westen frühzeitig erkannt, dass in einer Gesellschaft kontrovers diskutiert werden muss. Dass Strategien flexibel der veränderten Wirklichkeit angepasst werden müssen. Eine starre Diktatur mit absolutem Gleichklang der Meinungen »hat relativ schnell fertig«, wegen der inneren Emigration der Bürger. Die kommunistische Partei Chinas hat das irgendwann verstanden. Heute darf in den Eliten über alles kontrovers diskutiert werden. Nur die Kommunistische Partei und die Volksbefreiungsarmee sind sakrosankt. Nach fünfzehn Jahren Merkel hat sich das Meinungsspektrum in den deutschen Eliten im Gegensatz dazu dramatisch verengt. Nicht nur unsere Unterwerfung unter die *Pax Americana* und unter den Marktradikalismus sind sakrosankt. Jetzt darf nicht einmal mehr über Seuchen und Impfungen kontrovers diskutiert werden. Wie lange geht diese inzestuöse Elitenverblödung wohl noch gut?

Die Frage ist ja wohl unausweichlich, ob wir das Ruder noch herumgerissen bekommen, bevor die Dornenkrone der Corona-Verblödung uns bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Wir schaffen das. Und zwar ohne Merkel.

»EIN KRIEG DER REICHEN GEGEN DIE ARMEN«

Interview mit Magnolia und Wilson, einem indigenen Künstlerpaar aus der Gruppe der Shipibo über die Auswirkungen der Corona-Krise in Peru von Aya Velázquez


Fotos: Velázquez/DW

15.12.2020, Ucayali, Peru. Peru war eines der am stärksten von der Corona-Krise betroffenen Länder Südamerikas. Die peruanische Regierung setzte auf einen an China orientierten »harten *Lockdown*«, inklusive sechs Monate andauernder Ausgangssperre und umfassenden Berufsverboten. »Bald sterben mehr Menschen an Hunger als an Corona«, berichtete mir Wilson, ein befreundeter indigener Stickereikünstler aus der peruanischen Amazonasstadt Yarinacocha bereits im August.

Magnolia und Wilson, wie hat sich die Corona-Krise bei euch in Peru ausgewirkt?
Von Mai bis August hatten wir viele Coronavirus-Fälle und viele Tote. Es sind viele Menschen in meiner Gemeinde Yarinacocha gestorben, vor allem ältere und Menschen mit Diabetes. Es hat hier vor allem die Vulnerabelsten von uns getroffen: Menschen mit Vorerkrankungen, Übergewicht, und zu wenig Geld, sich die teuren Medikamente leisten zu können. Im Mai waren die Krankenhäuser überlastet, Menschen starben unversorgt an den Klinikeingängen. Eine Behandlung am Beatmungsgerät kostet 3.000 Soles (700 Euro) – unerschwinglich für normale Menschen wie uns. Das ist der Grund dafür, dass so viele hier gestorben sind. Als es mit Covid-19 hier losging, haben sich die Medikamentenpreise über Nacht vervierfacht! Inzwischen gibt es nur noch vereinzelt Fälle, aber trotzdem weiterhin die strengen Regeln im Alltag. Die meisten Leute hier haben inzwischen genug davon. Weißt du, wir sind es nicht gewohnt, so zu leben. Die Leute hier wollen keine Maske mehr tragen. Im letzten Monat habe ich von keinem einzigen Corona-Toten mehr in meiner Stadt Yarina gehört. Die Leute haben inzwischen keine Angst mehr vor dem Virus, viel gefährlicher ist aktuell das Dengue-Fieber.

Gibt es noch Ausgangssperren?
Wir befinden uns momentan in der Phase der »zielgerichteten Quarantäne«, in der je nach Region gesondert entschieden wird. Hier in meiner Region Ucayali zum Beispiel gibt es sehr wenige Fälle, deshalb dürfen wir zwischen 4 Uhr morgens und 22 Uhr abends wieder das Haus verlassen. Nachts herrscht hingegen Ausgangssperre. In Gegenden mit mehr Fällen als bei uns beginnt die Sperrstunde bereits ab 18h. Dort darf auch nur montags, mittwochs oder freitags jeweils eine Person pro Familie raus, um die Einkäufe zu erledigen. Zusätzlich wird an allen Eingängen zu Läden die Temperatur gemessen, ab 38°C darf man nirgendwo rein.

Du selbst fährst beruflich Mototaxi und hattest monatelang Berufsverbot. Darfst du inzwischen wieder arbeiten?
Im Moment noch nicht, da ich erst neue Corona-Dokumente besorgen und mein Fahrzeug an die neuen Auflagen anpassen muss: eine Kunststoff-Trennwand zwischen Fahrer und Kunden und ein Hinweisschild zur geltenden Maskenpflicht. Wenn die Polizei jemanden ohne all das antrifft, wird einem das Fahrzeug entzogen und eine hohe Strafe fällig, im Moment 4.000 Soles (900 Euro).

Hat euch die Regierung während des *Lockdowns* und des Berufsverbots finanziell unterstützt?
Nein. Zwar verkündete die Regierung eine Unterstützung für die Allerärmsten – aber nur für diejenigen, die in den Augen der Regierung die Allerärmsten darstellen. Diese erhielten pro Familie zweimal eine Summe von 360 Soles (ca. 80€). Wir haben uns schon gefreut, schließlich sind wir ja arm! Wir haben also unseren Antrag gestellt, aber der wurde abgelehnt, weil eine Regierungsbehörde hier bei uns in Yarina vor fünf Jahren einen Zensus durchgeführt hatte. Sie haben damals viele Fragen zu unseren Besitzverhältnissen gestellt: Haben Sie einen Fernseher? Haben Sie eine Küche mit Gaskocher? Sie haben alles genau notiert. Auch, dass wir im Hof eine kleine Kokospalme zu stehen haben. Diese Daten leiteten sie nun an die Antragsbehörde weiter. Wir erhielten also von der Behörde die Antwort, die »sozioökonomische Prüfung« hätte ergeben, wir seien nicht arm und uns stünde daher während des Berufsverbots keinerlei staatliche Unterstützung zu. Das stand da genauso drin: »no pobre – nicht arm«.

Und ich nehme an, es gibt auch nur reiche Nachbarn in deiner Gegend.
Genau, wir Shipibos hier im Vorort von Yarinacocha sind alle reich! (lacht bitter) Das war mit das Traurigste, dass von den Shipibos hier in meiner Gegend fast niemand staatliche Unterstützung bekommen hat. Wir sind ihnen immer noch nicht arm genug. Hier in Peru musst du schon in einer Lehmhütte wohnen oder auf der nackten Erde schlafen, um in den Augen unserer Regierung als bedürftig zu gelten. Und jetzt kommt das Schlimmste: Viele Staatsbedienstete, Bürgermeister und dergleichen, die eh schon gut bezahlt werden, haben die 360 Soles einfach mit eingestrichen!

Wie hast du während der Krise deine Familie ernährt?
Ich habe zusammen mit meinem Onkel vier Stunden mit dem Auto entfernt von hier auf einer Maisplantage gearbeitet. Dort haben sie uns 35 Soles am Tag bezahlt – von 7 Uhr früh bis 17 Uhr auf der Plantage. Das ist viel Arbeit für wenig Geld, und man ist die ganze Woche weg von der eigenen Familie.

Wie wird es jetzt weitergehen? Kommt die Corona-Impfung?
Die peruanische Regierung hat für Januar und Februar angekündigt, Millionen von Corona-Impfungen durchführen zu wollen. Sie sagen uns zwar, diese Impfung wird nicht obligatorisch sein. Aber indirekt ist sie sehr wohl obligatorisch – und zwar für jeden, der wieder arbeiten, reisen, ein Krankenhaus betreten oder seine Kinder von der Schule abholen will. Aber gleichzeitig sagen sie dir, es sei ja nicht obligatorisch.

Müssen sich auch die Kinder gegen Covid impfen lassen?
Ja, wenn die Kinder wieder zur Schule gehen wollen, müssen sie sich gegen Covid-19 impfen lassen. Wir haben alle große Angst davor. Zusätzlich soll im Unterricht nächstes Jahr auch noch die Maskenpflicht gelten. Die Kinder waren von Anfang Mai bis Ende November nicht in der Schule und durften sich nur in einem Radius von 500m rund um unser Haus bewegen. Sie bekamen Lernvideos aufs *Handy* zugeschickt. Vielen Kindern ging es in dieser Zeit sehr schlecht, sie hatten Depressionen. Niemand hier will die Impfung für Kinder, aber wir haben keine Wahl. Wir werden erpresst mit ihrer Bildung und ihrem Wohlergehen.

Meinst du, die Behauptung der Freiwilligkeit könnte ein rechtlicher Trick sein, um für eventuelle Schäden nicht haften zu müssen?
Bestimmt! Kürzlich meinte ein bekannter Journalist zu unserem Gesundheitsminister, dass wir Bürger Perus, die nun zur Impfung gedrängt werden, erst einmal sehen wollen, wie sich der gesamte Regierungsapparat, alle Minister und Autoritäten impfen lassen. Sollen sie doch in ihrer Funktion als Volksvertreter erstmal mit gutem Beispiel vorangehen! Vorher wollen wir diese Impfung auch nicht haben.

Auf der ganzen Welt finden momentan große Demos gegen die Corona-Maßnahmen statt, in Argentinien wurde kürzlich der Lockdown infolge der heftigen Bürgerproteste beendet. Wie sieht es bei euch in Peru aus?
Demonstrationen gegen die Corona-Politik gibt es hierzulande noch nicht, aber es gibt Demos. Das Hauptthema ist die um sich greifende Korruption – mit der Corona natürlich auch zusammenhängt! Vielleicht liegt es auch daran, dass die Impfung noch nicht unmittelbar bevorsteht, die kommt erst im Januar oder Februar. Wir werden sehen, was dann passiert. Die meisten Leute hier sind jedenfalls gegen die Impfung. Es spricht sich herum, das sie nicht besonders effizient sei und sogar die DNA verändern soll. Viele Leute hier glauben, das sei alles schon lange im Vorfeld geplant gewesen. Dass die Impfung quasi längst vorher fertigproduziert war. Sie wollen uns nur glauben machen, dass sie die Impfung in einer Ausnahmegeschwindigkeit hergestellt hätten, aber in Wirklichkeit war sie schon da. Wir sind doch nicht so blöd, alles zu glauben. In einer solchen Krise sterben immer als erstes die Ärmsten der Armen. Ich glaube, dass es sich hier um einen Krieg handelt.

Inwiefern um einen Krieg?
Um einen Krieg der Reichen gegen die Armen. Viele Menschen hier glauben, dass dieses Virus geschaffen wurde, um die Ärmsten der Armen auszulöschen. Der Profit, der dabei entsteht, geht an die großen Pharmakonzerne. Wir Armen sind in den Augen der Reichen nur unnötige Konsumenten, wir sind überflüssig für die. Sie wollen uns loswerden.

PAKETE FÜR PERU – REDAKTIONELLE ANMERKUNG

Magnolia und Wilson baten uns um Spielzeug- und Kleiderspenden für die Kinder von Yarinacocha. Wir gestatten uns, die Leser des DW über eine weihnachtliche Spendenaktion u.a. der Redakteurin Aya Velázquez für Peru zu informieren, die die Geschenke direkt an die Menschen in Yarinacocha weiterleitet. Pakete bitte an: Magdalena Jany, Postnummer 856 849 662, Packstation 137, 14169 Berlin.


Dona Florentina, eine Älteste des Dorfes Paoyhan, hat die Coronagrippe unbeschadet überstanden.

LAND OF THE TWO

DAS LAND MIT DEN ZWEI PRÄSIDENTEN – THESEN UND INDIZIEN ZUR US-WAHL 2020 VON YANA MILEV

Der rätselhafte Steilaufstieg des Joe Biden in der Nacht vom 3. zum 4. November 2020: Wer die Wahlveranstaltungen (*Election Rallys*) im Oktober 2020 in den USA verfolgte, für den war am 3. November in der Wahlnacht klar, dass US-Präsident Donald Trump die Wahlen mit einem Erdrutschsieg gewann. Doch erstaunlicherweise wurde es nicht festlich laut, sondern verdächtig still. Was ging vor?

Amerika hatte zwar gewählt, die Ergebnisse lagen aber noch nicht vor. Die Auszählungen seien noch voll im Gange. TV-Stationen und *News Media* hielten sich drei lange Tage lang zurück, die öffentlichen Institutionen verweigerten Gratulationen. Vom schrumpfenden Vorsprung Trumps sei auf einmal die Rede. Am 7. November wurde mit einem Paukenschlag von TV-Stationen wie *CNN* und den *News Media* der neue *»President Elect«* bekannt gegeben: Joe Biden.

Von diesem Moment an hatte die USA zwei Präsidenten. Wie man heute weiß, stoppten die Wahlmaschinen ihre Arbeit in der Nacht vom 3. zum 4. November um 3:42 AM. Um 6:31 AM war eine blaue Steilkurve für Biden hergestellt: Wo kamen die Stimmen her?

PRESIDENT ELECT – EINE ERFINDUNG DER GLOBALEN MEDIENMASCHINE

»President Elect« ist der neu erfundene Titel der über die Rolle des Kandidaten geschickt hinwegtäuscht und suggeriert, als wäre dieser ab 4. November bereits in einem Amt, zumindest in einem ganz sicher ausstehenden Amt.

Auffällig wurden weltweite Gratulationen am 7. November. Ganz am Anfang der Gratulantenschlange stand die Bunderepublik Deutschland mit Bundeskanzlerin Merkel, die dem »President Elect« ganz herzlich zum Wahlsieg gratulierte sowie der Bundesaussenminister Heiko Maas und der Bundespräsident Frank Walter Steinmeier. Und auch Chinas Präsident Xi Jinping gratulierte dem »President Elect«. Dann kam die gesamte EU plus Brexit-EU auf dem Gratulationsdampfer vorbei.

Die Presse oder »die Vierte Gewalt« spielt eine wichtige Rolle als Hüter der Demokratie in den USA. Diese Rolle wird durch den ersten Zusatzartikel der amerikanischen Verfassung, der im Jahre 1789 in Kraft trat, gesichert. Der Artikel legt fest, dass der Kongress keine die Pressefreiheit einschränkenden Gesetze erlassen darf. » So sollte es sein. Aber das Gegenteil ist eingetroffen: Die globale Medienmaschine hat in den letzten Wochen weltweit unter Beweis gestellt, dass sie nicht der Demokratie dient, sondern »den Demokraten« (der US-Partei diesen Namens). Ab dem 4. November wurden die rätselhafte Steilkurve aus den Wahlnächten (*blue shift*) in den Medien veröffentlich und mit ihr begann der Protest an den Graswurzeln. Genau genommen begann ein Info- und Medienkrieg der Medienimperien, repräsentiert von Führungsköpfen in Politik und Wirtschaft, gegen andere Meinungen.

Und es begann eine knallharte Zensur in den sogenannten Mainstreammedien (MSM) durch die großen Internetkonzerne und ihre Tochterunternehmen. User auf *Facebook, Google, Twitter, Instagram* und anderen Plattformen stehen unter Beschuss der »Faktenchecker«: Jeder Artikel, dessen Aussage nicht den gleichgeschalteten *Mainstream* passte: zensier! Das Bild entspricht dem einer gleichgeschalteten Medienmaschine, die im Auftrag von Investoren agiert.

ELECTION FRAUD, CYBER ATACK UND SERVER IN GOOD OLE DEUTSCHLAND

Am 28. Oktober, nur einige Tage vor der Wahl, äußerte sich der Experte für Wahlmanipulation Russ Ramsland im Interview mit *»America, Can We Talk?«* kritisch zu den Sicherheitsstandards der Wahlmaschinen. »Grundsätzlich gilt, was die meisten Amerikaner nicht wissen, Wahlen werden von privaten Unternehmen durchgeführt per Vertrag mit den Firmen. Wir sind in diese privaten Unternehmen gegangen, um uns über die Software und deren Sicherheit zu informieren. Und wir mussten feststellen, dass es überhaupt keine Sicherheitsstandards gibt. (…) Aber was passiert mit den Daten nach der Wahl, nachdem sie von einer lokalen Privatfirma gespeichert wurden? Und da erfuhren wir, dass sie über einen *Server* in Frankfurt in Deutschland laufen. Das ist der Vorgang, wie die Daten gespeichert, verwaltet und kontrolliert werden.» Es ging also in diesem Interview um die Frage, wie groß die Wahrscheinlichkeit ist, Daten zu ändern, nachdem der Wahlvorgang vollzogen und die Daten in lokalen Firmen gespeichert wurden. Das Ergebnis ist erschreckend. Und: Russ Ramslands Analyse wurde in der Wahl 2020 bestätigt.

2010 und 2013 fanden bereits erste Geschäftsverhandlungen zwischen dem *»President Elect«*, mit Regierungen weltweit statt, so auch mit Deutschland. Pikante Details über Deutschlands Geschäftsinteressen mit einer gewünschten Biden-Administration äußerte zuletzt der FDP-Politiker und Bundestagsabgeordnete Harald Christ im *Focus* am 12. November 2020. Der aktuelle Kampf der Demokraten gegen Trump, der unter dem Schlachtruf *»Voting Trump Out is not enough«* (Trump abzuwählen sei nicht genug) steht, sei »eine Feststellung von großer Komplexität und Tragweite. Nicht nur für die USA, sondern auch für uns. In Europa und ganz besonders in Deutschland«.

Der *Businessplan* der EU und Deutschlands steht fest – ein *Joint Venture* mit China und mit dem Iran unter Führung der Biden-Administration. In diesem Sinne sollte es nicht Wunder nehmen, dass China, Deutschland und der Iran an dem US-Regierungsputsch beteiligt sind. Während diese pikanten Details von Russ Ramsland oder von Harald Christ in die *Social Media* gelangten, forderte die globale Medienmaschine weiterhin, dass D. Trump das Weiße Haus endlich verlassen sollte.

Welcher Art die verdeckte Operation war, wurde mit dem Überfall auf die CIA-Zentrale in Frankfurt/Main durch die *US-Army*, wie von Russ Ramsland am 28. Oktober vorausgesagt wurde und durch eine forensische IT-Analyse der *Dominion*-Wahlmaschinen evident: Es ist eine in China geplante verdeckte Operation, die über Wahlmanipulation, Gleichschaltung der Medien, Sicherstellung von »Zeugen« wie William Barr, US-Justizminister, einen Regierungsputsch, einen Sturz des Präsidenten D. Trump im Weißen Haus und eine Unterwanderung der Justiz, der Gerichte und der US-amerikanischen Verfassung lancierte – zu Trumps Neutralisierung bei gleichzeitiger (Pseudo-)Immunisierung von Biden. Die deutschen Medien haben sich vor Entzücken nicht mehr eingekriegt; wer nun mit der Biden-Familie demnächst ins Weiße Haus ziehen wird? Zwei Deutsche Schäferhunde und eine Katze.

ENTHÜLLUNGEN, ANALYSEN UND BEWEISE

Ab dem 2. November werden Enthüllungen, Proteste, Beweissicherung, Bekanntgaben in einer Kampagne des *Trump-Teams* in die Öffentlichkeit gebracht: An Eides statt abgegebene Informationen und Beweise von Augenzeugen, *Whistleblowers*, Wahlbeamten, Wahlhelfern, Wählern, Aktivisten fluten zu den Anwaltsteams. Wissenschaftliche Expertisen über die Anfälligkeit der Wahlmaschinen, die Störanfälligkeit der *Software*, die Wahrscheinlichkeit einer Wahlmanipulation bestätigen den Verdacht: Wahlbetrug.

Neben den Belegen einer kriminellen Beteiligung von *Dominion Voter Systems, Smartmatic,* in den Diensten und in Mitarbeit von Akteuren in China, Iran und Deutschland, lassen sich inzwischen aufgrund der nicht abreißenden Zeugenaussagen, Beweise und den forensischen Analysen dutzende Formen des Wahlbetrugs feststellen.

Tote Wähler (Wahlbeteiligung von Toten die schon längst verstorben sind);
Geisterwähler (blinde Stimmzettel und Wahlanträge);
Doppel- und Mehrfachwähler (ein registrierter Wähler bedient alle Optionen: *E-Mail*-Wahl, Briefwahl, Direktwahl);
Fake-Voting;
manuell beschädigte Wahlzettel sodass sie mit dem Laser nicht mehr analysiert werden konnten;
Mehrfachauswertung ein und desselben Wahlzettels;
Manipulation der Wahlmaschinen und der *Software*;
Entsorgte Wahlbriefe (wurden unter anderem in Mülltonnen, privaten Kofferräumen oder in Postautos von UBS und FedEx gefunden;
Bestechung der Wahlaufsicht, Angestellten und Wahlhelfern;
Wahlaufsicht wurde für Republikaner verhindert;
Nachträgliche Wahlwiederholung oder Wahlkorrektur nach dem 3. November;
Auszählen von verspäteten Stimmzetteln, die nach dem 3. November ausgefüllt wurden;
Gekaperte Wahlmaschinen (Dominion);
Manipulierte Software (Smartmatic);
Verdeckte Operation in globalem Ausmaß unter Mitwirkung Chinas, Irans und Deutschlands;

DER GROSSE COUP DES DEEP STATE »IT'S AN EMERGENCY«

Am 2. Dezember hielt der 45ste Präsident Trump seine erste öffentliche Ansprache nach der Wahlnacht am 3. November. Er geht an die Öffentlichkeit mit seiner Rede die er als die wichtigste Rede in seiner Amtszeit bezeichnet. Die Rede hebt die Bedeutsamkeit der Situation hervor, den Ernstfall, die Staatskrise – It's an Emergency. Es ist von nun an nur noch eine Frage der Zeit, wann sich die News Media der globalen Medienmaschine, so auch in Deutschland, mit den Informationen dieser Rede ins Benehmen setzen müssen.

Der Spiegel nennt es »Verschwörungsgepolter aus der Konserve«. Die globale Medienmaschine schlägt um sich. Wenn heute die amtierende US-Regierung bestätigt, dass sie sich in einem Cyberkrieg befindet, in dem Deutschland ein Akteur ist, so wird diese Enthüllung ein Fiasko für die seit 1949, spätestens seit 1990 auf Sand gebaute Deutschlandpolitik sein, wenn nicht sogar ihr Ende.

Im Land der zwei Präsidenten wird es ab dem 21. Januar 2021 nur einen 46sten Präsidenten geben. Dieser wird Donald J. Trump heißen. Denn wer gewinnt und wer verliert, das entscheidet in einer Demokratie das Volk, nicht die Wallstreet, nicht die Medien, nicht die Lobbyisten in den Parlamenten.

Yana Milev ist Dozentin für Kultursoziologie an der Universität St. Gallen (yanamilev.ch).
Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand druckt diesen Beitrag als Standpunkt ab, der in deutschen Medien ansonsten völlig unterdrückt oder entstellt kolportiert wird. Transkript/Bearbeitung: Ullrich Mies. Kürzung: Red.



Fotocollage: Chris Stein.

Hier kommt das

CORONA-ABC

Mit Texten aus dem Buch »Der Corona-Skandal – Warum wir nicht alles glauben sollten«,
von Sven Magnus Hanefeld

Atemwegserkrankungen: Jeden Winter kommt es durch sie zu einer erhöhten Sterblichkeit (Grippewelle). Zu den Viren, die akute Atemwegserkrankungen verursachen, haben immer schon die Coronaviren gehört.

Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung: Sie ist mit Einlagen von knapp 46,8 Milliarden US-Dollar die größte private Stiftung der Welt. Im Rahmen der »The Giving Pledge« spendete Bill Gates ein Drittel seines Vermögens. Die Stiftung ist einer der größten Geldgeber der WHO. Bill Gates wird von dieser nun behandelt wie ein Staatschef. Im Kampf gegen die weltweite COVID-19-Pandemie stellte die Stiftung 225 Mio. US-Dollar bereit, um die Erforschung und Produktion eines Impfstoffes gegen das neuartige Coronavirus voranzutreiben. Die Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung (Gavi) wird zu 17 % (1,5 Milliarden US-Dollar) von der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung finanziert. Auch das Planspiel »Event 201« wurde von der Stiftung mitfinanziert.

CEPI (Coalition for Epidemic Preparedness Innovations): Sie wurde von Bill Gates und Vertretern der Pharmaindustrie im Januar 2017 auf dem World Economic Forum in Davos gegründet. Bill Gates reiste zum Treffen und erklärte, es müsse ernsthaft darüber diskutiert werden, wie die Vorbereitung auf einen möglichen Anschlag mit biologischen Waffen aussehen solle. Der wahre Hintergrund war aber wohl ein anderer. Er erhoffte sich eine öffentliche Finanzierung.

Deep State: Unter einem solchen Tiefenstaat sollte man keine definierte Organisation mit Mitgliederliste und einem Big Boss an der Spitze verstehen, sondern ein eng verflochtenes Milieu aus Reichen, Regierungsbeamten und Lobbyisten, die sich informell organisieren und versuchen, den Einfluss der eigenen Interessen geltend zu machen. Anthony Fauci wusste angeblich im Jahr 2017, dass Trump mit einer Pandemie konfrontiert würde. All die Vorankündigungen lassen vermuten, hinter allem stecke ein lange angelegter Plan. Ein gesellschaftliche Elite würde insgeheim an einer »Neuen Weltordnung« arbeiten, und dabei sein, eine autoritäre, supranationale Weltregierung zu errichten. Hinter den Machenschaften der Akteure, die am Ausbruch einer Pandemie beteiligt sind, eine Art Deep State oder auch Tiefenstaat zu erblicken, trifft den Kern besser und ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Der besteht allerdings eben jetzt schon, kann aber mittels einer solchen Pandemie noch ausgebaut werden.

Event 201: Es handelte sich um die bislang größte und komplexeste Simulations-Übung am 18. Oktober 2019 im Luxus-Hotel The Pierre in New York. Organisiert wurde das Treffen vom Johns Hopkins Institut. Man hatte neue Sponsoren gewinnen können. Zum einen das Weltwirtschaftsforum WEF, zum anderen die Bill & Melinda Gates Foundation, die auch Hauptsponsorin der WHO ist. Weitere Teilnehmer waren: United Nations Foundation, Weltbank, Chinas Zentrum für Gesundheitskontrolle und andere. Es gab Verbindungen zu Bloomberg News. Solche Übungen gab es schon vorher. Neu jedoch war die Beteiligung von Vertretern internationaler Großkonzerne, auch von Pharmaunternehmen. Das verstörende am Event 201 war, dass in der Übung ebenfalls ein Coronavirus den Ausbruch einer Pandemie verursachte und das zwei Monate vor dem tatsächlichen Ausbruch, so dass man sich fragen muss, ob es hier irgendwelche Zusammenhänge gegeben hat. Am Event 201 nahmen Menschen teil, die auch in der realen Corona-Krise Entscheidungsträger waren und die Maßnahmen lenkten.

Fallzahlen: Begründet wurde der bundesweite Shutdown mit den gestiegenen Fallzahlen, die sich in einer Woche verdreifacht hatten. Für die Experten unter den Virologen war dies ein Beweis für das exponentielle Wachstum. Mit diesen Fallzahlen erzeugten die Medien jeden Tag in der Bevölkerung Angst und Panik. Verschwiegen wurde, dass die rasante Zunahme der Fallzahlen im Wesentlichen aus einer Zunahme der Anzahl der Tests resultierte. Diese hatten sich ebenfalls verdreifacht. Auf diese Irreführung machte das Magazin Multipolar in einer Studie aufmerksam. Das Täuschungsmanöver durch die Regierung und die Medien hätte eigentlich jedem auffallen müssen. Doch saß die Angst, erzeugt durch die Schockbilder aus Italien, den Menschen noch tief im Nacken.

GAVI (Globale Allianz für Impfstoffe u. Immunisierung): Sie wurde am 29. Januar 2000 am Weltwirtschaftsforum in Davos gegründet. Bill Gates war einer der Initiatoren, die Bill & Melinda Gates Foundation steuerte 750 Millionen US-Dollar bei. Über eine halbe Milliarde Kinder wurden weltweit geimpft, vor allem gegen Pocken, Diphtherie, Tetanus, Keuchhusten, Hepatitis B, Gelbfieber, etc. Die Sterblichkeit für Kinder unter fünf Jahren hat sich seither halbiert. Deutschland ist seit 2006 GAVI-Geberland. Anfangs lagen die Finanzierungszusagen bei 4 Millionen Euro pro Jahr. Diese Gelder sollten schon bald erhöht werden. Beim 50. Weltwirtschaftsforum in Davos 2020 hatte Merkel eine Finanzierung in Höhe von 600 Mio. Euro für den Zeitraum 2021–2025 zugesagt. Im Juni 2020 hatte die EU-Kommission unter Leitung von Ursula von der Leyen in Zusammenarbeit mit der Gates-Stiftung eine Geberkonferenz unter dem Namen Coronavirus Global Response einberufen, an der 40 Staaten und private Organisationen teilnahmen. Es wurden 7,4 Mrd. Euro eingesammelt. Diese flossen zum großen Teil an die GAVI. Impfen ist ein lukratives Geschäft.

Herdenimmunität: Sie wird nach Modellrechnungen erreicht, wenn 60 bis 70 Prozent der Menschen immun sind. An der Herdenimmunisierung führt letztlich kein Weg vorbei. Es ist in jedem Fall verkehrt, auf die steigenden Zahlen von Corona-Neuinfektionen mit Hysterie und einem Lockdown zu reagieren.

Infizierte: Wir müssen aufhören, Infizierte zu zählen. Wie wir feststellten, sind Infizierte nicht einmal als krank einzustufen, sie stecken womöglich gar nicht an. Es hat keinen Sinn, wegen jedem positiv Getesteten in Panik zu verfallen. Wichtig ist nur das tatsächliche Infektionsgeschehen. Es kann nicht richtig sein, einfach nur Fälle zu zählen, die eventuell gar keine sind. Wir müssen die Tests aussetzen und sehen was passiert. Nur so können wir zur Normalität zurückfinden. China hat genau das getan, und das Virus verschwand wie von Geisterhand.

Johns Hopkins Universität: Die Johns Hopkins Universität ist eine private Forschungseinrichtung.

In der Corona-Krise erlangte sie einige Bekanntheit. Ihr unterstellt ist das Center for Health Security, welches bei der Bewältigung eine Führungsrolle innehat. Es geht insbesondere um die Katastrophenpläne und Pandemie-Übungen, die dort entwickelt und mit Führungskräften Jahr für Jahr geübt wurden, so auch das Event 201. Insbesondere trugen auch die Charts zur medialen Verbreitung einer Pandemie-Stimmung bei, die laufend die Zahlen von Infizierten und Toten aktualisieren. Diese wurden schon vor dem Ausbruch der Krise programmiert.

Kongress der Fraktion der CDU: Bereits im Mai 2019 trafen sich auf einem Kongress die Fraktion der CDU Angela Merkel, Jens Spahn sowie die Lobbyisten der Gesundheitsindustrie Lothar H. Wieler, Christian Drosten, Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus (Generaldirektor der WHO) und viele andere und berieten darüber, wie das UN-Nachhaltigkeitsziel Globale Gesundheit gestärkt werden könne. Die Bundesregierung erarbeitete hierfür eine Strategie aus, und die WHO kümmerte sich um einen Aktionsplan. Vor allem ging es um Gesundheitsvorsorge, die Bekämpfung von Epidemien, wie beispielsweise Ebola, und anderer. Tedros hielt eine bewegende Rede. Solche Kongresse finden natürlich in allen Mitgliedsländern statt, um die Regierungen auf den gemeinsamen Kurs einzuschwören und natürlich um Gelder aufzutreiben.

Letalität: Todesfälle im Verhältnis zur Anzahl der Erkrankten. Im Gegensatz dazu ist die Mortalität die Zahl der Todesfälle in Bezug zur gesamten Population.

Masken: Die Maskendebatte spaltete die Gesellschaft. Vor allem das Kindeswohl wurde in der späteren Debatte zum Schwerpunktthema. Der Kinderarzt Eugen Janzen ist der Auffassung, Maskentragen führe vor allem bei Kindern zu erheblichen Beeinträchtigungen und wäre selbstverständlich gesundheitsschädlich.

Narrative: Diese spielen eine wichtige Rolle in der Pandemie. Eines diese Narrative lautete, ein vollkommen neuartiges Virus wird über die Menschheit kommen und eine sehr schwere nie dagewesene Pandemie bringen. Wir müssen mit 30 Millionen Toten rechnen. Vor einer solchen Katastrophe warnte Bill Gates auf vielen Vorträgen. Es scheint offensichtlich ein Interesse daran zu bestehen, solche Narrative aufrechtzuerhalten.

Opposition: Nur in sozialen Medien findet kritische Berichterstattung statt. Vieles von dem, was vorher als Enthüllungsjournalismus galt, wird nun als Verschwörungstheorie abgetan. In den Mainstream-Medien gibt es keine echte Opposition.

Profiteure der Angst: Eine Arte-Reportage aus dem Jahr 2009 mit dem Titel Profiteure der Angst – Das Geschäft mit der Schweinegrippe zeigte die Machenschaften der Pharmaindustrie auf. Schon damals wurde eine Pandemie ausgerufen. Ein lebensgefährliches Virus schien seit Mai 2009 die Menschheit zu bedrohen. So zumindest wurde es von der Gesundheitsindustrie kommuniziert. Seit die ersten Fälle der Schweinegrippe in Mexiko gemeldet wurden, stand die Welt Kopf. Jeden Tag starben angeblich mehr und mehr Menschen an dem vermeintlich neuen Virus. Doch Experten und Politiker wie Wolfgang Wodarg bezweifelten das. Die WHO hatte bereits im Vorfeld wesentliche Punkte der Pandemie-Definition gestrichen und konnte so während der Schweinegrippe die höchste Pandemiestufe ausrufen. Davor war eine enorme Anzahl von Todesfällen in mehreren Staaten Bedingung für eine Pandemie. Seither war dies kein Kriterium mehr. Die WHO spielte die Zahlen hoch und macht unnötig Panik. Die Entscheidung für eine Pandemie war unsinnig.

Querdenker: Im April 2020 gründete sich die deutsche Demonstrationsbewegung Querdenken 711. Michael Ballweg organisierte in Stuttgart Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung und meldete im August 2020 zwei Demonstrationen in Berlin an, bei denen zehntausende Teilnehmer gezählt wurden. Der Namensbestandteil »711« bezieht sich auf die Stuttgarter Telefonvorwahl. Im Verlauf der Pandemie gesellten sich aber auch immer mehr Lehrer, Ärzte, Anwälte und Künstler zur Protestkultur der Querdenker und fordern ein Umdenken.

Reproduktionszahl R: Sie gibt an, wie viele Menschen ein Corona-Infizierter im Schnitt ansteckt.

SARS-CoV-2: So heißt der Erreger, das neuartige Virus, die Erkrankung nennt sich COVID-19. SARS ist die Abkürzung für Severe Acute Respiratory Syndrome, also Schweres Akutes Atemwegssyndrom. Es ist dieselbe Virusart wie SARS-CoV-1, nur in einer anderen Variante. Meistens wird in den Medien der Eindruck vermittelt, es handele sich bei dem Coronavirus um eine vollkommen neue Erscheinung. Wie neu nun das Coronavirus tatsächlich ist, vermögen wir nicht zu sagen, da es bisher von der Grippe nicht getrennt untersucht, beziehungsweise dieser subsumiert wurde. Tatsächlich wird es aber älter sein als die Menschheit.

Skandal: Korruptions- und Betrugsfälle gab es in der Geschichte schon immer, wie kennen sie in Bezug auf Großkonzerne wie die Deutsche Bank, VW, berüchtigt für seinen gigantischen Dieselbetrug, Wirecard und viele andere. Solange sich Skandale auf Teilbereiche der Gesellschaft beziehen, sind sie von uns vorstellbar und denkbar. Dass ein solcher Skandal allerdings weltumspannend sein kann, im Gewand einer Pandemie daherkommt, alle Regierungen und und viele Weltorganisationen und auch Medien einbezieht, macht es viel schwerer, ihn zu fassen und zu begreifen, ihn aufzudecken. Auch eine Strafverfolgung scheint unmöglich. Um mehr Licht ins Dickicht der internationalen Verstrickungen zu geben, versucht der Autor eine Gesamtschau, die sowohl das Virus selbst unter die Lupe nimmt, aber auch die sozio-politischen Aspekte betrachtet. – Es ist allerdings nicht der erste Pandemie-Skandal, den wir nun erleben. Konzernchefs und Lobbyisten nutzten schon immer normale Grippewellen oder auch mal stärkere Epidemien, um daraus Kapital zu schlagen. Sie bauschten Bedrohungen auf und gestalteten Seuchen-Szenarien mit Millionen von Toten.

PCR: Polymerase-Kettenreaktion ist eine Methode, um Erbsubstanz zu vervielfältigen und dadurch eine Viruslast zu erkennen. Entwickelt wurde die Methode durch den Biochemiker Kary Mullis im Jahr 1983. Wolfgang Wodarg sagt, dass wir ohne den von deutschen Wissenschaftlern entworfenen PCR-Test auf SARS CoV-2 von einer Corona-Epidemie oder gar Pandemie nichts gemerkt hätten. Daher strengt der ACU Untersuchungsausschuss um Rainer Füllmich eine Sammelklage gegen Christian Drosten und Co an. Den lieferte Christian Drosten von der Charité. Der Test wurde sofort angenommen und ohne Validierung von der WHO empfohlen. Dieser Test, der wohl bei jedem Menschen mit leichten Grippesymptomen positiv anschlägt, ließ die Zahlen in die Höhe treiben und eine Panik ungeahnten Ausmaßes verbreiten.

Ungereimtheiten: Immer mehr Ungereimtheiten kamen an den Tag. Die Medien hingegen ließen abweichende Meinungen nicht zu. Sie denunzierten alle Kritiker als Spinner und Verwirrte.

Virus: Im Wesentlichen ist ein Virus eine Nukleinsäure, in der die Informationen zur Steuerung des Stoffwechsels einer Wirtszelle enthalten sind, insbesondere zur Replikation und zur weiteren Ausstattung der Viruspartikel (Virionen). Die Replikation des Virus kann nur innerhalb der Wirtszelle erfolgen. Viren kommen in zwei Erscheinungsformen vor, innerhalb von Zellen eines Wirts als Nukleinsäure (enthalten die DNA oder RNA) und zweitens als Virionen, also als Viruspartikel, die außerhalb von Zellen umherschwimmen.

WHO (Weltgesundheitsorganisation): Die WHO wird heute zu 80 % aus Spenden von privaten Geldgebern finanziert und nur zu 20 % von den Staaten. Sie kann deswegen nicht mehr als unabhängig betrachtet werden. Auf Betreiben der USA (Clinton-Administration) wurden bereits 1993 die Pflichtbeiträge der WHO-Mitgliedstaaten nicht mehr regelmäßig an das BIP angepasst, sondern eingefroren. Das führte zu massiver Unterfinanzierung. Seither ist die WHO abhängig vom Willen der jeweiligen Regierungen, von privaten Stiftungen oder auch Pharma-Unternehmen. Von 2006 bis 2017 war die Chinesin Margaret Chan Generaldirektorin der UNO. Sie galt als Symbol für Chinas Machtzuwachs auf dem internationalen Parkett. In ihrer Amtszeit begannen zahlreiche chinafreundliche Bürokraten bei der WHO zu arbeiten. Den wachsenden Einfluss des Reichs der Mitte auf die WHO kritisierte Trump scharf. Nach Ausrufung der Corona-Pandemie fror die US-Regierung demonstrativ die Zahlungen an die WHO ein. »Die WHO hat in ihrer grundlegenden Pflicht versagt und muss zur Rechenschaft gezogen werden«, sagte Trump. Die USA würden die WHO-Maßnahmen zur Eindämmung des Virus überprüfen, bevor entschieden werde, die Beiträge vielleicht wieder zu zahlen. – Seit 2017 wird die WHO von dem Äthiopier Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus geleitet. In seinem eigenen Land bezichtigte man ihn einst der Korruption und warf ihm vor, Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben, insbesondere am Volk der Amhara.

Xi Jinping: Staatschef der Volksrepublik China. Trotz großer Unterdrückungsmechanismen ist die Mehrheit der Bevölkerung sehr loyal gegenüber der kommunistischen Regierung und vor allem gegenüber Xi Jinping, da dieser ihnen einen gesellschaftlichen Aufstieg ermöglicht hatte.

YouTube: Wer sich jenseits der Staatsmedien informieren möchte, ist auf alternative Portale angewiesen. Wodarg, Bhakdi, Ioannides und viele andere konnten sich nur noch auf YouTube, Facebook, Twitter, Telegram, Rubikon oder KenFM Gehör verschaffen. Von der Regierung und den öffentlich-rechtlichen Medien wird nicht umfassend, sondern nur eingeschränkt informiert. Allerdings werden auch die alternativen Medien inzwischen verstärkt zensiert.

Zensur: Während das deutsche öffentlich-rechtliche Fernsehen lange für Offenheit und Ausgewogenheit in seiner Berichterstattung bekannt war, änderte sich das im Verlauf der Corona-Pandemie. Am 10. März kam Wolfgang Wodarg in der Sendung Frontal 21 zum letzten Mal im ZDF zu Wort.

Sven Magnus Hanefeld ist Autor des Buches »Der Corona Skandal – Warum wir nicht alles glauben sollten«, ISBN 978-3-7526-2499-1. Nach Jahreswechsel kommt »Das Corona-ABC« als Buch.

DW 32 erscheint zum 9. Januar 2021!

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

WO UNRECHT ZU RECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT
BERTOLT BRECHT

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) — Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 31. Ausgabe ab Donnerstag, 24. Dezember 2020. | Redaktionsschluss war am 21. Dezember, 12 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp (stlv.) **Chefin vom Dienst:** Sophia-Maria Antonulas **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressortleitung Politik:** Ullrich Mies **Demokratiebewegung:** Samuel Gfrörer **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Chris Stein, Anselm Lenz **Illustrationen und Bildredaktion:** Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke **Redaktion:** Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Tamara Ganjalyan, Louise Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dirk Pohlmann, Dr. med. Alexander Richter, Erich Kartmann. Johnny Rottweil, Aya Velázquez**. V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH i. Gr., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.